

Geteilte Herausforderungen 2018



*Ein sicherheitspolitischer Reader aus
transatlantischer Perspektive*



Initiative
junger Transatlantiker



Initiative
junger Transatlantiker

Initiative junger Transatlantiker

Marienberger Straße 16

01279 Dresden

info@junge-transatlantiker.de

13.12.2017

Vorwort des Vorsitzenden

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

unsere liberale Weltordnung befindet sich im Umbruch. Im Mittleren Osten erweitern Iran und Saudi-Arabien ihre Einflussphären, wie Stellvertreterkonflikte verdeutlichen. Nordkorea unternimmt ohne Rücksicht auf bestehende Sanktionen weitere Raketentests. Damit nicht genug – Russland bemüht sich, jenes Vakuum, das andere Staaten durch ihren Rückzug erzeugen, auszufüllen. Diese Konflikte sind gemein, dass sie globale Machtgefüge verschieben und die regelbasierte internationale Ordnung bedrohen. Aus diesem Grund sind jene Staaten, die sich für die Beibehaltung der liberalen Ordnung einsetzen, zur Lösung der genannten Herausforderungen gefragt. Besonderes Augenmerk liegt hier auf den Vereinigten Staaten von Amerika und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Mitglieder und Freunde der *Initiative junger Transatlantiker* haben sich mit möglichen Herausforderungen auseinandergesetzt, die im Jahr 2018 auf die transatlantischen Partner zukommen könnten. Der vorliegende Reader möchte zur Diskussion beitragen.

Die *Initiative junger Transatlantiker (IJT)* ist ein Verein von mehr als 500 Europäern, US-Amerikanern und Kanadiern, der sich für die Stärkung der Partnerschaft zwischen Deutschland, Europa, den Vereinigten Staaten und Kanada einsetzt. Die IJT befasst sich mit allen Aspekten dieser Partnerschaft, mit gesellschaftlichen und kulturellen Themen ebenso wie mit wirtschaftspolitischen Fragestellungen oder sicherheitspolitischen Analysen. Junge Menschen zwischen 16 und 36 Jahren haben sich überparteilich zusammengetan, um für mehr transatlantisches Verständnis zu werben.

Alle Autorinnen und Autoren der vorliegenden Beiträge interessieren sich für sicherheitspolitische Themen und Fragestellungen. Der Mehrwert des Readers liegt meines Ermessens in den unterschiedlichen Hintergründen unserer Beitragenden jungen Transatlantiker: Die Autoren sind IJT-Mitglieder und externe Freunde der IJT, Experten, Studenten, Berufsanfänger oder junge Erwachsene, die mitten im Berufsleben stehen, Akademiker wie Nicht-Akademiker.

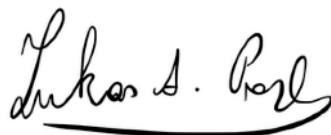
Als Vorsitzender der *Initiative junger Transatlantiker* freut es mich, dass dieses Projekt erfolgreich abgeschlossen wurde und ich auch mit meinem Text einen Beitrag dazu leisten konnte. Meinem Text ist genauso wie den anderen Essays gemein, dass sie allein die Meinungen der Autoren widerspiegeln. Die jeweiligen Autoren der Beiträge sind somit allein für die eingereichten Inhalte verantwortlich. Die *Initiative junger Transatlantiker* erachtet Meinungspluralismus für sehr wichtig. Sie macht sich jedoch die in den Texten vertretenen Positionen und politischen Meinungen nicht zu eigen.

Wir würden uns sehr über den Austausch, Rückmeldungen und Kommentare zu den Texten freuen. Sie erreichen uns unter info@junge-transatlantiker.de.

Wir wünschen gute Lektüre!

Ihr Lukas Posch

Vorsitzender



Lukas A. Posch



Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Policies	7
Welcher Logik folgt Trumps Außenpolitik? <i>Fabian Kleinschmidt und Leo Holzer</i>	8
Wer soll das bezahlen? Zur strategischen Bedeutung des „Zwei-Prozent-Ziels“ der NATO <i>Christoph Erber</i>	14
Welche Auswirkungen hat „America First“ auf das multilaterale Engagement der USA? <i>Inger-Luise Heilmann</i>	19
Die Gemeinsame Sicherheit- und Verteidigungspolitik in der Ära Trump <i>Aylin Matlé</i>	24
Herausforderungen der NATO im Cyberraum: Ein Ausblick auf 2018 <i>Christine Hegenbart</i>	28

Inhaltsverzeichnis

TEIL 2: REGIONEN	34
Der Rückzug der USA aus Syrien und seine Folgen <i>Tim Benkner</i>	35
Der-amerikanische chinesische Traum <i>Fabio Crynen</i>	40
Herausforderung Iran: Transatlantische Handlungsalternativen im Atomstreit <i>Remko Leemhuis und Richard Volkmann</i>	45
Russlands Großmachtstreben <i>Felix Drossard</i>	51
Konflikt und Sicherheit in der Arktispolitik <i>Nathalie Herberger</i>	54
Ohne Druck keine Lösung-weshalb der Westen im Konflikt mit Nordkorea nicht nachgeben darf <i>Lukas Bosch und Gary Bartels</i>	59

TEIL 1: POLICIES





Welcher Logik folgt Trumps Außenpolitik?

Ein Text von Fabian Kleinschmidt und Leo Holzer

Seit Januar 2017 regiert Donald J. Trump die Vereinigten Staaten von Amerika. Im Wahlkampf stellte sich der *Kandidat* Trump schon sehr früh als unberechenbar heraus. Deshalb stellt sich die Frage, ob Trump ein genau so unberechenbarer *Präsident* sein wird. Für die Partner der USA ist diese Frage von hoher Bedeutung, schließlich verfügt der Präsident Amerikas über das mächtigste Militär der Welt. Um zu verstehen, welche Art von Außenpolitik von Donald Trump zu erwarten ist, können seine ersten Schritte in der Nahost-Politik einen ersten Eindruck geben. Dieser Artikel zieht daraus Schlussfolgerungen für seine weitere Präsidentschaft.

Die amerikanische Außenpolitik befindet sich seit der Gründung der Vereinigten Staaten stets zwischen Idealismus, Realismus und Isolationismus. Der Isolationismus formte den größten Teil der US-Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit, fand jedoch seitdem keine Anwendung mehr. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts positionierten sich die amerikanischen Regierungen mit ihrer Außenpolitik daher jeweils auf einer Achse zwischen Realismus und Idealismus. Als Beispiele einer mehr dem Realismus zugeneigten Außenpolitik dienen vor allem George H.W. Bush und Richard Nixon, insbesondere wegen des Einflusses ihrer Nationalen Sicherheitsberater Brent Scowcroft und Henry Kissinger. Die Theorie der Idealisten vertreten in erster Linie der Vater des liberalen Internationalismus Woodrow Wilson oder Bill Clinton.

Während es bei den meisten US Präsidenten relativ einfach war, diese ideologische Positionierung festzustellen, gestaltet sich dies bei Donald Trump als etwas komplizierter. Trump verfolgt bisher keinen eindeutigen Kurs in der amerikanischen Außenpolitik. Das Außergewöhnliche an Trump ist, dass er anders als seine Vorgänger einen komplett neuen Diskurs mit sich bringt. Demnach ist es schwer, Trump als einen reinen Realisten zu betiteln, auch wenn er mehr in diese Richtung als in die Richtung des Idealismus zu tendieren scheint. Trumps Positionierung im Bezug auf die Nahost-Politik lässt erstaunlicherweise auch isolationistische Tendenzen erkennen. Diese Rhetorik kann zwar nicht mit einer tatsächlichen Wiederbelebung des amerikanischen Zwischenkriegs-

Welcher Logik folgt Trumps Außenpolitik?

Isolationismus gleichgesetzt werden. Nichtsdestotrotz sind die neusten Vorstöße von Trump nicht vergleichbar mit den von vorherigen Präsidenten verfolgten Strategien.

Beim Realismus steht das Überleben des eigenen Staates an erster Stelle. Der Realismus geht auf die Lehre des deutsch-amerikanischen Professors Hans Morgenthau zurück. Morgenthau beschrieb die internationale Politik als einen steten Kampf um Macht. Alle Staatsmänner verbinden die Interessen ihres Staates mit Machtoptionen. Die Erreichung jedes Ziels auf dem internationalen Parkett bedarf zuallererst der Macht, weshalb die Maximierung letzterer oberste Maxime der Staatsräson ist. Moral, Ideologie, wirtschaftlicher Wohlstand oder internationales Recht seien alle zweitrangig. Der Idealismus hingegen sieht die innenpolitischen Gegebenheiten eines Staates als ausschlaggebend für dessen Außenpolitik. Insbesondere der Glaube an diplomatische Verhandlungen und Internationale Organisationen würden maßgeblich zur innenpolitischen und außenpolitischen Entwicklung eines Staates beitragen. Beim Isolationismus handelt es sich um eine Nichteinmischung und Abschottung eines Staates im internationalen politischen Geschehen.

Wenn man die amerikanische Außenpolitik vor 2001 im Nahen Osten betrachtet, scheint diese größtenteils auf der Basis eines modernen Realismus zu basieren. Das Hauptziel ist, wie auch in anderen Regionen, das Verhindern regionaler Hegemonien. Darauf basieren die Kontrolle über das Öl im Persischen Golf, die Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen in der Region und der Kampf gegen Terrororganisationen. Diese Ziele haben sich weder mit dem Regierungswechsel von George W. Bush zu Barack Obama verändert, noch werden sich diese nationalen Interessen unter der Trump-Administration verändern.

Jedoch ist die Herangehensweise von Donald Trump anders als die seiner Vorgänger. Als erste Auslandsreise entschied sich Donald Trump, nicht wie üblich nach Kanada, Mexiko oder Großbritannien zu fliegen, sondern nach Saudi Arabien. Somit ist Trump der erste Präsident, der ein mehrheitlich muslimisches Land zu seiner Antrittsreise besuchte.

Am 21. Mai 2017 hielt Donald Trump beim Arab Islamic American Summit in Riad eine Rede über die amerikanische Nahost-Politik und rief die Staaten der Region auf, eine stärkere und selbstständige Rolle im Kampf gegen den Terrorismus einzunehmen.

Welcher Logik folgt Trumps Außenpolitik?

Es gehört zum nationalen Interesse der USA, die Bedrohung durch den Terrorismus zu reduzieren. Realisten befürworten aber keine Invasion eines Landes, das Terroristen beherbergt, sondern lediglich militärische Aktionen geringer Intensität. Das Ziel aus Sichtweise des Realismus ist, dass die lokalen Staaten die Hauptlast tragen, während Amerika lediglich dort aushilft, wo es absolut benötigt wird und somit seine Truppenpräsenz im Nahen Osten reduzieren kann. John Mearsheimer argumentiert, dass der amerikanische Interventionismus im Nahen Osten der Hauptgrund für das Terrorismusproblem Amerikas sei. Deshalb sei es im amerikanischen Interesse, keine Truppen in mehrheitlich muslimischen Ländern zu stationieren.

Während Trump in seiner Rede in Riad deutlich machte, dass Amerika seine Lebensart und seine Kultur den Völkern des Nahen Ostens und der Welt nicht aufdrängen wolle (worin eine von Realisten als positiv anzusehende klare Abgrenzung zur idealistischen Nahostpolitik von George W. Bush liegt, welcher im Irakkrieg auf die Ausbreitung von „Demokratie“ und „Freiheit“ im Nahen Osten setzte) behält Trump die Stationierung amerikanischer Truppen in der Region aufrecht. An diesem Beispiel lässt sich erkennen, dass Trump realistische Tendenzen aufweist, jedoch er keine vollumfängliche realistische Politik verfolgt.

Ein potentieller regionaler Hegemon, welcher eine Vielfalt amerikanischer Interessen im Nahen Osten bedroht, ist der Iran. Aufgrund dessen beschrieb Trump den Iran als Hauptgrund für die Instabilität des Nahen Ostens in seiner Riad-Rede. Er führte unter anderem an, dass der Iran den Terrorismus finanziere, der sich vom Libanon nach Irak, Syrien und Yemen ausdehne. Auch in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung wählte Trump deutliche Worte, um den Iran als Terrorstaat darzustellen. Dabei stellte er die Aufrechterhaltung des Atomabkommens (JCPOA) mit dem Iran in Frage. Diese Rhetorik mag auf den ersten Blick aus realistischer Sicht wie eine lobenswerte Zurückdrängung des Einflusses eines potentiellen Regionalhegemonen deuten. Jedoch liegt die größte Gefahr für Amerika vor allem in der potentiellen nuklearen Bewaffnung des Iran. Sollte der Iran über Atomwaffen verfügen, könnten die USA dessen Hegemonialambitionen im persischen Golf sowie dessen Einflussnahme in anderen Staaten der Region durch die Finanzierung von Terrororganisationen als ultima ratio nicht mehr mit einem konventionellen Militärschlag stoppen.

Welcher Logik folgt Trumps Außenpolitik?

Die einzige Option, die in diesem Fall verbliebe, wäre die Strategie des *Containment*, welche lediglich eine relative Eindämmung von Einfluss ermöglicht. Darüber hinaus wäre eine Kettenreaktion im Nahen Osten wahrscheinlich, welche dazu führen würde, dass andere Staaten wie Saudi Arabien ebenfalls nach Atomwaffen streben würden. Sollte der Iran tatsächlich der Erlangung einer Atombombe nahe kommen, ist es außerdem hochwahrscheinlich, dass Israel einen Präventivschlag ausführen wird. Durch die Allianz mit Israel würden die USA zweifelsohne in einen militärischen Konflikt hineingezogen werden, welcher durch einen israelischen Präventivschlag ausgelöst werden würde. Aus all diesen Gründen ist es also von höchstem Interesse für die USA, eine nukleare Bewaffnung des Irans zu verhindern. Daher schreibt der Realismus in diesem Falle Diplomatie vor. Immerhin würde ein Konfrontationskurs das iranische Interesse an einer Atombombe nur steigern. Trumps Drohungen, das Nuklearabkommen mit dem Iran aufzukündigen, sind also aus Sicht des Realismus fatal, wie sich unter anderem daran erkennen lässt, dass John Mearsheimer und Stephen Walt – die zwei führenden offensiven Realisten – mit anderen Experten im Bereich der Internationalen Beziehungen wie Thomas Schelling in einer Annonce in der New York Times vom 8. September 2015 für das JCPOA plädierten.

Neben dem Kampf gegen den Terrorismus, der Verhinderung eines regionalen Hegemons und einer atomaren Rüstungsspirale in der Region ist für amerikanische Realisten vor allem das Öl im persischen Golf das wichtigste Interesse in der Region. Der Nahe Osten verfügt über 47.7% der weltweiten Ölreserven und die Weltwirtschaft ist nach wie vor abhängig von dem Rohstoff. Jegliche Destabilisierung im Nahen Osten könnte die Weltwirtschaft ins Schwanken bringen, was aufgrund von Globalisierung und Interkonnektivität überall Auswirkungen hätte. Diesbezüglich setzt Trump auf eine enge Kooperation mit Saudi Arabien, welche unter anderem die Unterzeichnung eines Rüstungsabkommens mit einem Umfang von \$110 Milliarden USD beinhaltet. Trumps Ziel ist es, durch ein gestärktes saudisches Königreich sowohl den freien Fluss des regionalen Öls sicherzustellen als auch das Gleichgewicht der Mächte gegenüber dem Iran sicherzustellen. Dieses scheint gestört, seitdem die USA den Irak Saddam Husseins schachmatt setzten. Dies ist aus Sicht des Realismus definitiv positiv zu bewerten.

Welcher Logik folgt Trumps Außenpolitik?

In seiner Politik gegenüber Saudi Arabien sowie seiner generellen Nichteinmischung in anderen Fällen lassen sich also realistische Tendenzen in Trumps Nahostpolitik erkennen. Seine Ankündigungen, den Iran-Deal aufzukündigen, wiederum gehen in die Richtung des Idealismus. Neben diesen realistischen Tendenzen werfen Trump einige seiner Vorgänger protektionistische Haltungen vor und bezeichnen ihn als Isolationisten. Obwohl in seiner Rhetorik durchaus solche Tendenzen zu erkennen sind, wäre es aufgrund seiner bisherigen Aktivität im Nahen Osten jedoch verfrüht, Trump einen Isolationisten zu nennen.

Das Jahr 2017 hat gezeigt, dass Trump sich zwar von der Politik seiner Vorgänger abwendet, aber – vielleicht aufgrund mangelnder Erfahrung – seine Linie erst noch finden muss, was zu einem Mangel an Kohärenz in der amerikanischen Nahostpolitik führt. Es bleibt also abzuwarten, wie sich die Außenpolitik im Nahen Osten 2018 fortentwickelt. Im Bezug auf Saudi Arabien ist eine Stärkung des Landes zu erwarten, die sich auszeichnet durch politische Unterstützung sowie Waffenlieferungen, trotz der momentanen saudischen Militärkampagne im Jemen. Im Bezug auf den Iran ist ein weiterer Konfrontationskurs zu erwarten, der auf die Eindämmung des iranischen Einfluss in der Region abzielt. Diese beiden Handlungsstränge sind mit dem Realismus vereinbar, jedoch bleibt es abzuwarten ob Trump den Iran-Deal aufrecht erhält. Ein Scheitern des Iran-Deals würde zu einer nuklearen Bewaffnung des Landes führen, wäre eine derart fundamentale Verletzung des Realismus, dass man Präsident Trump nicht mehr in diese Ecke der Außenpolitik einordnen kann.

Der Logik des Realismus folgend, welche Trumps bisherige Syrienpolitik geprägt hat, werden wir im Bezug auf das Land auch in Zukunft eine Politik der Nichteinmischung beobachten können. Hiervon wird lediglich durch symbolische Eingriffe, wie die Cruise Missile-Bombardierung vom 06. April 2017, abgewichen werden. Bei alledem zählt Trump darauf, dass es Russland gelingen wird Stabilität im Land wiederherzustellen. Interessant bleibt, ob sich diese Strategie ändert, falls der Iran seine Machtposition im Land weiter ausbauen kann. Somit wird sich Trumps Außenpolitik nicht grundlegend ändern, allerdings könnte ein Scheitern des Iran-Deals einen bahnbrechenden Scheidepunkt darstellen, weil dadurch Dynamiken in der Region freigesetzt würden, welche eine Fortsetzung der „hands off“ Politik von Präsident Trump unmöglich machen würde.

Welcher Logik folgt Trumps Außenpolitik?



Leonard Holzer ist Trainee in der Strategischen Planungsabteilung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Zuvor studierte er sowohl Jura an der Universität Augsburg und der George Washington University Law School als auch Internationale Beziehungen an der London School of Economics.



Fabian Kleinschmidt studiert Politikwissenschaften an der Universität Hamburg. Seit 2013 ist er Mitglied der Initiative junge Transatlantiker. Seit 2017 Stipendiat der Konrad Adenauer Stiftung.



Wer soll das bezahlen? – Zur strategischen Bedeutung des „Zwei-Prozent-Ziels“ der NATO



Ein Text von Christoph Erber

Debatten um die transatlantische Sicherheitspolitik sind in diesem Jahr vermehrt von einer Zahl geprägt. Die Rede ist von dem sogenannten „Zwei-Prozent-Ziel“ der NATO, jener freiwilligen Vereinbarung nach der die NATO-Staaten bis 2024 jeweils zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben wollen.¹ Oberflächlich scheint dies vor allem eine haushaltstechnische Frage zu sein. Aber das Zwei-Prozent-Ziel beschreibt eine wichtige strategische Fragestellung, die seit Anfang der 1990er Jahre ungelöst bleibt. Es ist die Frage, wer die Kosten dafür trägt, dass Europa weiterhin sicher und frei bleibt: die Europäer selbst, die Amerikaner – oder beide.

In der Vergangenheit lautete die eindeutige Antwort: Amerika. Eingebettet in die NATO, garantierten die Vereinigten Staaten über den gesamten Kalten Krieg den Schutz des alten Kontinents vor externen Mächten, womit natürlich in erster Linie die Sowjetunion gemeint war. Die Europäer konzentrierten sich dagegen vor allem darauf, ihre durch den zweiten Weltkrieg zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen. In Washington wurde diese ungleiche Lastenteilung für die Verteidigung Europas zwar häufig kritisiert. Bereits 1954, also wenige Jahre nach Gründung des transatlantischen Bündnisses, drohte der amerikanische Außenminister John Foster Dulles bereits mit einer „qualvollen Neubeurteilung“ des amerikanischen Sicherheitsengagements in Europa, sollten die Europäer keine ernsthafteren Verteidigungsanstrengungen unternehmen.² Aber letztlich spielten diese finanziellen Kosten für die Vereinigten Staaten damals nur eine untergeordnete Rolle, da ihre militärische Präsenz in Europa vor allem den Sieg im Ost-West-Konflikt befördern sollte.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion versäumten es die NATO-Staaten, eine geordnete neue Aufgabenteilung für die Verteidigung Europas festzulegen. Stattdessen zogen die Amerikaner ihre Truppen allmählich aus Europa zurück und richteten ihr militärisches Augenmerk auf andere Regionen, wie den Nahen Osten oder Asien. Gleichzeitig nahmen die Europäer das Ende des Kalten Krieges zum Anlass, die

¹ North Atlantic Treaty Organization, „Wales Summit Declaration,“ Pressemitteilung, 05.09.2014, www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_112964.htm.

² Darrell Driver, „Burden sharing and the future of NATO: Wandering between two worlds,“ *Defense & Security Analysis*, 32(1), 2016, <https://doi.org/10.1080/14751798.2015.1126970>.

Friedensdividende einzustreichen und ihre Verteidigungshaushalte massiv zu kürzen. Eine wirkliche Debatte über die neue Lastenteilung fand deshalb nicht statt.³

Folglich gingen viele militärische Fähigkeiten in Europa in den letzten Jahrzehnten verloren. Zwischen 1995 und 2015 sanken beispielsweise die Zahl der Kampfflugzeuge, Artilleriegeschütze und U-Boote europaweit um mehr als die Hälfte.⁴ Außerdem stehen heute in vielen europäischen Ländern viele der noch verbleibenden Waffensysteme nur bedingt zur Verfügung. Ein Blick auf Deutschland zeigt, dass im Durchschnitt weniger als die Hälfte aller Kampfhubschrauber der Bundeswehr einsatzfähig sind, von den sechs U-Booten sogar kein einziges.⁵ Zwar liegt dies nicht nur an den niedrigen Verteidigungsausgaben in Europa, aber eine klare Verbindung lässt sich nicht bestreiten.

Diese Entwicklung ist angesichts der angespannten Sicherheitslage um Europa sehr gefährlich. Im Osten ist dies spätestens mit Beginn der Ukraine-Krise klar geworden, aber auch die zahlreichen eingefrorenen Konflikte auf dem Westbalkan und im Kaukasus könnten jederzeit wieder auftauen. Im Süden Europas haben politische Instabilität, Terrorismus und gewalttätige Konflikte Millionen von Menschen aus ihrer Heimat vertrieben und zur Flucht nach Europa bewegt. Außerdem hat sich mit dem Cyberraum ein noch nie dagewesenes neues Schlachtfeld aufgetan – elektronische Angriffe und Informationskriege sind bereits jetzt schon Wirklichkeit. Es besteht deshalb kein Zweifel, dass Europa erheblichen Sicherheitsrisiken ausgesetzt und auf diese Gefahren nicht angemessen vorbereitet ist.

In dieser Lage bleibt die NATO für seine Mitglieder unverzichtbar. Die Europäer können sich durch das Bündnis mit den Vereinigten Staaten auf eine schlagkräftige Verteidigungsfähigkeit berufen, welche sie selbst weder besitzen noch mittelfristig alleine aufbauen könnten. Der amerikanische Verteidigungsminister Jim Mattis bestätigte dies kurz nach seinem Amtsbeginn in aller Deutlichkeit, indem er die Bindung der Vereinigten

³ Keith Hartley, Todd Sandler, "NATO Burden-Sharing: Past and Future," *Journal of Peace Research*, 36(6), 665-680, 1999, <https://doi.org/10.1177/0022343399036006004>.

⁴ Tobias Bunde, Adrian Oroz, "Munich Security Report 2015: Collapsing Order, Reluctant Guardians?" Münchner Sicherheitskonferenz Security Conference, 2015, https://www.securityconference.de/fileadmin/MunichSecurityReport/MunichSecurityReport_2015.pdf.

⁵ Kai Biermann, Julian Stahnke, „Kaputte Truppe,“ Zeit Online, 20.04.2017, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/bundeswehr-bestand-ausruestung-panzer>.

Staaten an die NATO als „felsenfest“ bezeichnete.⁶ Denn auch die Vereinigten Staaten haben weiterhin ein strategisches Interesse an der Allianz. Die Verbundenheit durch gemeinsame Werte und internationalen Handel bedeutet für die Amerikaner einen erheblichen Mehrwert.

Allerdings möchte Washington zurecht keinen Blankoscheck ausstellen und den Großteil der Rechnung für diese europäische Sicherheitsgarantie übernehmen. Der amtierende Präsident forderte in diesem Jahr wiederholt, dass Amerikas Verbündete endlich einen „fairen Anteil“ der gemeinsamen Verteidigungskosten übernehmen müssen.⁷ Auch zahlreiche Vorgängerregierungen ermahnten die NATO-Verbündeten regelmäßig, mehr Geld in die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit zu investieren. Beispielsweise bezeichnete Präsident Obama die Europäer als „Trittbrettfahrer“ der amerikanischen Militärmacht.⁸ Unter Obamas Nachfolger im Weißen Haus ist diese Kritik nach einer gerechten Aufgabenteilung zwar deutlich lauter aber deshalb nicht falsch geworden.

Als Richtlinie für eine angemessene Lastenverteilung gilt das Zwei-Prozent-Ziel der NATO – auch wenn diese Zahl über viele konzeptionelle Mängel verfügt. Denn die reine Größe des Verteidigungshaushaltes sagt ausgesprochen wenig darüber aus, welche militärischen Fähigkeiten ein Land für die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit beisteuern kann.⁹ In der Tat misst das Zwei-Prozent-Ziel Input statt Output. Die Einsatzbereitschaft, Einsatzfähigkeit und Tragfähigkeit von Streitkräften wird in keiner Weise berücksichtigt.¹⁰

⁶ U.S. Department of State, „Press Conference by Secretary Mattis at NATO Headquarters, Brussels, Belgium,“ 16.02.2017, <https://www.defense.gov/News/Transcripts/Transcript-View/Article/1085679/press-conference-by-secretary-mattis-at-nato-headquarters-brussels-belgium/>.

⁷ Peter Baker, „Trump Says NATO Allies Don't Pay Their Share. Is That True?“ The New York Times, 26.05.2017, <https://www.nytimes.com/2017/05/26/world/europe/nato-trump-spending.html>.

⁸ Jeffrey Goldberg, „The Obama Doctrine,“ The Atlantic, 30.04.2016, <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2016/04/the-obama-doctrine/471525/>.

⁹ Claudia Major, „Time to Scrap NATO's 2 Percent Pledge?,“ Judy Dempsey's Strategic Europe, Carnegie Europe, 28.04.2015, <http://carnegieeurope.eu/strategieurope/?fa=59918>.

¹⁰ John Dowdy, „More tooth, less tail: Getting beyond NATO's 2 percent rule,“ in The World Turned Upside Down: Maintaining American Leadership in a Dangerous Age, eds. Nicholas Burns, Leah Bitounis and Jonathon Price (Washington, DC: The Aspen Institute, 2017), <https://www.mckinsey.com/industries/public-sector/our-insights/more-tooth-less-tail-getting-beyond-natos-2-percent-rule>.

Wer soll das bezahlen? – Zur strategischen Bedeutung des „Zwei-Prozent-Ziels“ der NATO

Aufgrund dieser Oberflächlichkeit müssten eigentlich andere Messgrößen verwendet werden, welche aber deutlich umfangreicher und schwieriger abzubilden sind.¹¹

Darüber hinaus erscheint eine planmäßige Umsetzung des Zwei-Prozent-Ziels bis 2024 unrealistisch. Laut einer neuen Studie der Münchner Sicherheitskonferenz und McKinsey & Company müssten die Staaten der EU und Norwegen in den nächsten sieben Jahren zusammen zusätzlich 440 Milliarden US-Dollar investieren, um die eigene Vorgabe wie angestrebt zu erreichen. Nach 2024 müsste Europa anschließend im Vergleich zu heute jährlich 114 Milliarden US-Dollar mehr ausgeben.¹² Dies entspricht einem Anstieg des gegenwärtigen Verteidigungshaushaltes der NATO-EU Länder um 50 Prozent, eine unglaubliche Zunahme. Gerade deshalb sind sich viele Verteidigungsexperten einig, dass das Zwei-Prozent-Ziel nicht wie beabsichtigt erreicht werden wird.¹³

Trotzdem ist die Orientierung an dem Zwei-Prozent-Ziel sinnvoll. Denn mehr als eine quantitative Messgröße verkörpert es eine politische Botschaft in der strategischen Beziehung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Es ist ein wichtiger Gradmesser dafür, welche Länder sich der Kernaufgabe der NATO, das heißt der Sicherheit Europas, verpflichtet fühlen und welche nicht.¹⁴ Durch sie wird die Kluft zwischen denen, die sich bedroht fühlen, und denen, die sich nicht bedroht fühlen, sichtbar – und zwischen denen, die sich für andere verantwortlich fühlen, und denen, die keine Skrupel haben, die amerikanische Sicherheitsgarantie als gegeben hinzunehmen. Das ist der tatsächliche Nutzen dieser Zahl.

Mehr in die gemeinsame Verteidigung zu investieren bedeutet nicht, Europa für einen neuen Kalten Krieg aufzurüsten. Aber um das Bündnis angesichts der schwierigen Sicherheitslage zu stärken, sollten alle Bündnispartner einen gerechten Beitrag für Beschaffung und Unterhalt militärischer Fähigkeiten leisten, welche in der Vergangenheit

¹¹ Jan Techau, "The politics of 2 percent: NATO and the security vacuum in Europe," Carnegie Europe, 02.09.2015, <http://carnegieeurope.eu/2015/08/31/politicsof2percentnatoandsecurityvacuumineurope/1fig>.

¹² Münchner Sicherheitskonferenz, "More European, More Connected and More Capable: Building the European Armed Forces of the Future," 30.11.2017, <https://www.securityconference.de/en/discussion/european-defence-report/>.

¹³ Judy Dempsey, „Judy Asks: Is NATO’s 2 Percent Spending Call Realistic?“ Judy Dempsey’s Strategic Europe, Carnegie Europe, 25.02.2015, <http://carnegieeurope.eu/strategieurope/?fa=59173>.

¹⁴ Alexander Mattelaer, "Revisiting the Principles of NATO Burden-Sharing," *Parameters*, 46(1), 25-33, 2016, https://ssi.armywarcollege.edu/pubs/parameters/issues/Spring_2016/6_Mattelaer.pdf.

Wer soll das bezahlen? – Zur strategischen Bedeutung des „Zwei-Prozent-Ziels“ der NATO

existierten aber seit den 1990er Jahren nicht aufrechterhalten wurden. Diese sind notwendig, um Frieden und Sicherheit in Europa langfristig zu wahren. Das Zwei-Prozent-Ziel der NATO ist deshalb ein politisches Signal, um auf eine sicherheitspolitische Notwendigkeit aufmerksam zu machen. Es drückt aus, wie stark Europa gewillt ist, mehr Verantwortung für seine eigene Verteidigung zu übernehmen.

Diese Einsicht scheint sich allmählich auch in Europa durchzusetzen. Tatsächlich beginnt der alte Kontinent sich buchstäblich für eine ungewisse Zukunft zu rüsten und mehr in die eigene Verteidigung zu investieren. Zahlreiche neue Initiativen wurden in den letzten Monaten auf den Weg gebracht, um die Verteidigungsausgaben zu erhöhen und so dem Zwei-Prozent-Ziel näher zu kommen. Zwar werden die dadurch aufgebauten militärischen Fähigkeiten den amerikanischen Beitrag für die europäische Verteidigungspolitik auf absehbare Zeit nicht annähernd ersetzen können. Aber sie senden ein überfälliges politisches Signal nach Washington, dass Europa in Zukunft gewillt ist, einen höheren Preis für seine Sicherheit zu bezahlen.



Christoph Erber ist für die Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz in Berlin tätig. Zuvor studierte er Internationale Beziehungen und Volkswirtschaftslehre an der School of Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University in Washington sowie an der Freien Universität Bozen.

Welche Auswirkungen hat “America First” auf das multilaterale Engagement der USA?



Ein Text von Inger-Luise Heilmann

America First: Mit diesem Slogan ist Donald Trump nicht nur als republikanischer Kandidat für das Präsidentenamt angetreten, seit seiner Antrittsrede ist es auch das Leitmotiv seiner Amtszeit. Die regelbasierte liberale Weltordnung zur *Governance* von internationaler Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit und Freihandel wird von der neuen Administration zunehmend in Frage gestellt. Die neue Devise lautet *Pittsburgh statt Paris*.¹ Trump will die Situation aller Amerikaner verbessern, indem „unfaire“ internationale Abkommen und Verträge neuverhandelt oder gänzlich aufgekündigt werden. Eine seiner ersten Amtshandlungen war der Rückzug aus TPP², jenem transpazifischem Freihandelsabkommen, das eigentlich den Einfluss Chinas in der Region begrenzen sollte. Auch der Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen wurde mit *America First* begründet.

Bereits während seines Wahlkampfes wurde Donald Trumps Skepsis gegenüber internationalen Organisationen deutlich: Die UN sei kein Freund von Demokratie³ und die Welthandelsorganisation ein „Desaster“⁴. Trumps Auffassung von Außenpolitik gilt als „*realist, transactional, and Machiavellian*“⁵. So betonten der Nationale Sicherheitsberater McMaster und der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats Cohn nach Präsident Trumps erster Auslandsreise in einem Meinungsbeitrag, dass die Welt keine globale Gemeinschaft, sondern eine von Konkurrenz um den eigenen Vorteil geprägte Arena sei, was die USA befürworten würden.⁶

Im Folgenden wird anhand zweier konkreter Beispiele – der WTO sowie den Vereinten Nationen – betrachtet, was die Maxime „America first“ bisher für das amerikanische Engagement in internationalen Organisationen bedeutet. Außerdem werden zukünftige Herausforderungen benannt.

¹ <http://edition.cnn.com/2017/06/01/politics/paris-pittsburgh-trump-nationalist-decision/index.html>

² <https://www.nytimes.com/2017/01/23/us/politics/tpp-trump-trade-nafta.html>

³ <https://www.usatoday.com/story/news/politics/onpolitics/2016/03/21/donald-trump-united-nations-aipac-republican-president/82096288/>

⁴ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wto-trump-erwaegt-austritt-aus-welthandelsorganisation-a-1104504.html>

⁵ <http://foreignpolicy.com/2016/04/12/donald-trump-has-a-coherent-realist-foreign-policy/>

⁶ <https://www.wsj.com/articles/america-first-doesnt-mean-america-alone-1496187426>

Welche Auswirkungen hat "America First" auf das multilaterale Engagement der USA?

Beispiel 1: WTO

America first bedeutet für Trump in der internationalen Handelspolitik vor allem, statt multilateraler Verträge zukünftig mehr bilaterale Abkommen zu schließen. Nach Auffassung der Trump-Administration könnten die USA nur so souverän agieren und eigene Interessen durchsetzen. Die Interessen werden durch nationalistische und in Teilen sogar protektionistische US-Handelspolitik verfolgt. Bisherige Praktiken und Verpflichtungen seien unfair gegenüber den USA – gerade die WTO benachteilige die USA massiv.⁷ Eine Neubewertung der WTO wurde jedoch zumindest im Jahr 2017 nicht konsistent verfolgt: Zwar wurde Anfang März ein Papier vorgelegt, das die Prioritäten der Handelspolitik des Präsidenten für das Jahr 2017 skizziert. Darin wird unter anderem postuliert, die USA könnten Handelsstreitigkeiten zukünftig auch außerhalb der WTO lösen und die nationale Souveränität stehe über den Regeln der Welthandelsorganisation.⁸ Beim G20-Gipfel in Hamburg stimmten die USA im Juli jedoch mit der *Leader's Declaration* einem Kommuniqué zu, das sich gegen Protektionismus ausspricht und der WTO eine zentrale Rolle einräumt.⁹

Seit dem frühen Herbst blockieren die USA wiederum die Ernennung neuer Richter für das Gremium der WTO, welches für die Schlichtung von Handelsstreitigkeiten zuständig ist.¹⁰ Bald werden nur noch vier der normalerweise sieben vorgesehenen Richter über die Handelsstreitigkeiten entscheiden können, wobei mindestens drei Richter erforderlich sind, um Entscheidungen treffen zu können. Noch hat sich die Trump-Administration nicht zu ihrer Blockadehaltung erklärt. Auf dem APEC-Gipfel Anfang November in Vietnam erklärte Trump jedoch erneut, dass die USA nicht fair von der WTO behandelt wurde¹¹.

Langfristig könnte die amerikanische Positionierung der WTO schaden: Sollten Lösungen für Streitigkeiten außerhalb der WTO gefunden werden oder sollten sich die

⁷ <https://www.npr.org/2017/03/01/518026293/trump-trade-agenda-looks-past-wto>

⁸ <https://ustr.gov/sites/default/files/files/reports/2017/AnnualReport/Chapter%201%20-%20The%20President%27s%20Trade%20Policy%20Agenda.pdf>

⁹ https://www.g20.org/profiles/g20/modules/custom/g20_beverly/img/timeline/Germany/G20-leaders-declaration.pdf

¹⁰ <https://www.ft.com/content/5afbd914-a2b2-11e7-8d56-98a09be71849>

¹¹ <https://www.bloomberg.com/news/articles/2017-11-11/apec-ministers-vow-to-fight-protectionism-as-trump-slams-wto>

Welche Auswirkungen hat “America First” auf das multilaterale Engagement der USA?

USA aktiv über die WTO-Regeln hinweg setzen, würde dies zu einer Kettenreaktion von nachahmenden Staaten führen, die das Ende der Welthandelsorganisation bedeuten könnte. Gleichzeitig würde die Entscheidungsfähigkeit des *Appellate Body* der WTO sehr eingeschränkt, wenn nicht bald wieder neue Richter eingesetzt würden. Das könnte die Organisation von innen aushöhlen.

Beispiel 2: Vereinte Nationen

Noch vor Amtsantritt waren die Vereinten Nationen für Donald Trump „just a club for people to get together, talk and have a good time“¹². Kurz nach Amtsantritt wurde – im Sinne von *America First* – mit drastischen Kürzungen des VN-Budgets gedroht.¹³ Auch im Rahmen der Vereinten Nationen erinnert Trump bei Gelegenheit an die nationale Souveränität der Mitgliedsstaaten. Besonders deutlich wurde dies bei seiner Rede vor der 72.VN-Generalversammlung im September.¹⁴ In Deutschland fand der vor allem der von Trump erklärte Rückzug der USA aus dem Pariser Klima-Abkommen Beachtung. Auch von Gouverneuren und US-Unternehmen hagelte es Kritik für diese Entscheidung. Der Ausstieg wird allerdings erst 2020, nach der nächsten Präsidentschaftswahl erfolgen.¹⁵

Wie Richard Gowan vom ECFR erläutert, ist die Beziehung zwischen den USA und den Vereinten Nationen inzwischen besser als zu Beginn von Trumps Amtszeit erwartet: Gerade zu Fragen der Managementreform und der Reform des VN-Entwicklungssystems stimmen die US-Delegation und VN-Generalsekretär Guterres in vielen Punkten überein.¹⁶ Gowan betont außerdem, dass die USA insbesondere in der Zeit erneuter Raketentests von Nordkorea wichtige diplomatische Initiativen unternommen haben, um

¹² <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/813500123053490176>

¹³ <https://www.cfr.org/article/funding-united-nations-what-impact-do-us-contributions-have-un-agencies-and-programs>

¹⁴ <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/09/19/remarks-president-trump-72nd-session-united-nations-general-assembly>

¹⁵ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/trump-regierung-usa-erklaeren-austritt-aus-pariser-klimavertrag-a-1161486.html>

¹⁶ <http://www.ips-journal.eu/regions/global/article/show/security-council-reform-is-dead-2361>

Welche Auswirkungen hat "America First" auf das multilaterale Engagement der USA?

von China und Russland gebilligte Resolutionen des VN-Sicherheitsrats und die Verhängung neuer Sanktionen zu erreichen.¹⁷

Trumps Beziehungen zu den Vereinten Nationen lassen sich somit ebenfalls als ambivalent bezeichnen. Obwohl er noch während seiner Kandidatur harsche Kritik an der Weltorganisation übte, hat Trump inzwischen sogar den Tag der Vereinten Nationen am 24. Oktober (Tag des Inkrafttretens der VN-Charta) per Dekret in den USA eingeführt.¹⁸

Ausblick

Zusammenfassend ist festzustellen, dass alle internationalen Organisationen und Partner sich auf *America First* eingestellt haben und nun vorsichtige Anpassungen an die neue Positionierung der USA vornehmen. *America First* ist jedoch ein so unklar definiertes Konzept, dass konkrete Entscheidungen sehr unterschiedlich ausfallen.

Wohingegen Präsident Trump bei wirtschafts- und handelspolitischen Fragen weiterhin als Hardliner auftritt, scheint er zumindest was die Vereinten Nationen anbetrifft von seinen extremsten Positionen abzurücken. Das Ende der WTO ist zwar bisher nicht in Sicht, doch könnte die Unberechenbarkeit der Trump-Administration der Welthandelsorganisation am meisten zu schaffen machen.

In einer zunehmend globalisierten Welt und in Zeiten globaler Flüchtlingskrisen wird ein ressortübergreifender Ansatz, der dem Nexus zwischen Sicherheit und Entwicklung Rechnung trägt, unabdingbar. Die Trump-Administration sollte deshalb androhte Budgetkürzungen für multilaterale Organisationen überdenken.

Trumps pragmatischer Geschäftssinn könnte sich gerade in Fragen der internationalen Sicherheit als wertvoll erweisen. Wie beispielsweise der ehemalige Stellvertretende VN-Generalsekretär Jan Eliasson bereits im Herbst 2016 erklärt hat, könnten die USA Geld, Zeit und Planung durch ihre Unterstützung von VN-Friedensmissionen sparen, da sie somit nicht selbst in die Konflikte eingreifen müssten.¹⁹

¹⁷ <https://www.politico.com/magazine/story/2017/09/17/trump-un-general-assembly-test-215614>

¹⁸ <http://www.tagesspiegel.de/politik/proklamation-des-us-praesidenten-trump-macht-den-24-oktober-zum-uno-tag/20494264.html>

¹⁹ <http://www.politico.com/story/2016/11/united-nations-donald-trump-effect-231626>

Welche Auswirkungen hat "America First" auf das multilaterale Engagement der USA?

Die im Rahmen der Vereinten Nationen angemahnten Reformen für effizientere Strukturen und Entscheidungsfindung in der Weltorganisation sowie eine ganzheitliche Evaluierung von Friedensmissionen²⁰ sind zu begrüßen. So erklärt Peter Rudolf von der SWP: „Nicht alle kritischen Fragen, die die Trump-Administration stellt, können als Ausfluss einer fundamentalen Antipathie gegenüber den VN im Allgemeinen und dem Peacekeeping im Besonderen abgetan werden.“²¹ Wie oben verdeutlicht wurde, haben die USA bei den Verhandlungen um neue Sanktionen im Nordkorea-Konflikt eine konstruktive Rolle im VN-Sicherheitsrat gespielt.

Trotz bestehender Kritik aus dem Weißen Haus kann also nicht pauschalisierend von einer destruktiven Haltung der USA in internationalen Organisationen gesprochen werden. Laut New York Times beruht Trumps Betonung von Souveränität vielmehr auf einem Missverständnis: Er glaube, dass die USA ihre Souveränität opfern, wenn sie einer internationalen Organisation oder einem Vertrag beitreten – dabei sei dies kein Verzicht auf Souveränität, sondern ein Ausdruck davon.²²

2018 wird die Trump-Administration weiterhin ein ambivalentes Verhältnis zu internationalen Organisationen und dem multilateralen Engagement der USA haben. Die Herausforderung von *America First* wird für internationale Organisationen und Partner sicherlich weiterhin in der Unberechenbarkeit von Finanzierung und politischer Positionierung liegen. Partner der USA sollten deshalb eine aktive Rolle bei Reformbemühungen in den Organisationen spielen und durch ihr Handeln zum Fortbestehen der regelbasierten internationalen Ordnung beitragen.



Inger-Luise Heilmann, Jahrgang 1991, ist stellvertretende Vorsitzende der Initiative junger Transatlantiker und Co-Leiterin des IJT-Sicherheitsdepartments. 2016 hat sie einen Master of Arts in Internationalen Beziehungen abgeschlossen.

²⁰ <https://www.nytimes.com/2017/03/24/world/united-nations-peacekeeping-trump-administration.html>

²¹ https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2017S18_rdf.pdf

²² <https://nytimes.com/2017/10/16/opinion/trump-america-international-surrender.html>

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Ära Trump



Ein Text von Aylin Matlé

Unter der Ägide der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, hat die EU im Sommer 2016 nach mehr als einer Dekade eine neue Sicherheitsstrategie veröffentlicht.¹ Der ambitionierte Titel, „A Global Strategy on Foreign and Security Policy“, deckt sich mit den Forderungen des Dokuments, die EU müsse nach „strategischer Autonomie“ streben.

Die politische Entsprechung dieses Anspruchs kann man in der Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Frühsommer 2017 sehen, als diese im deutschen Wahlkampf feststellte: „Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.“² Die Globalstrategie der EU wurde noch vor der Wahl Donald Trumps veröffentlicht, kann also nicht als Reaktion auf den neuen US-Präsidenten eingestuft werden. Vielmehr hat das britische Votum vom Juni 2016, die Europäische Union zu verlassen, den Anstoß für eine engere Verteidigungskooperation geliefert.

Merkels Truderinger Bierzelt-Rede jedoch wird von den meisten Beobachtern als ein Seitenhieb auf das amerikanische Staatsoberhaupt interpretiert.³ Der folgende Aufsatz wird die strategischen und politischen Forderungen nach mehr Autonomie in der europäischen Sicherheitspolitik (im EU-Jargon: Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, GSVP) auf den Prüfstand stellen und untersuchen, ob in der Ära Trump tatsächlich von einer bedeutungsvollen Erneuerung der GSVP gesprochen werden kann.

Der EU-Gipfel in Bratislava im September 2016 kann als Ausgangspunkt für die Revitalisierung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungskooperation eingestuft werden. Deutschland und Frankreich kündigten an, der Entwicklung der GSVP Impetus zu verleihen. Aufbauend auf der deutsch-französischen Initiative, einigten sich die Außen- und Verteidigungsminister der EU-Staaten zwei Monate später auf konkrete Beschlüsse, um die gemeinsame Verteidigungskooperation voranzubringen. Abgesehen

¹ Anmerkung: Zuletzt gab die EU im Jahr 2003 eine gemeinsame Sicherheitsstrategie heraus.

² <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bierzelt-rede-zu-trump-merkels-schroeder-moment-15038795.html>

³ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bierzelt-rede-zu-trump-merkels-schroeder-moment-15038795.html>

von der Einrichtung einer medizinischen Kommandozelle und einem Logistikzentrum, waren die gutgeheißenen Ideen allerdings keine neuen.⁴

Auch die Möglichkeit zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (gängige, englische Abkürzung: PESCO) in der GSVP besteht bereits seit der Verabschiedung des EU-Vertrags von Lissabon 2009. Die Ankündigung der europäischen Staatsoberhäupter vom März 2017, PESCO mit neuen Initiativen zu füllen, stieß allerdings auf das Wohlwollen vieler Beobachter. Zuletzt machte PESCO am 13. November Schlagzeilen, nachdem 23 EU-Staaten eine sogenannte Notifizierungsurkunde unterzeichneten, in der sie sich zu einer engeren Verteidigungskooperation bekannten. Die deutsche Verteidigungsministerin, Ursula von der Leyen, sprach von einem „großen Tag für Europa“ im Voranschreiten europäischer Verteidigungsvertiefung.⁵ Mitte Dezember dieses Jahres soll PESCO offiziell aktiviert werden. Zwar lässt sich nicht abstreiten, dass die verteidigungspolitischen Initiativen, maßgeblich vorangetrieben von Deutschland und Frankreich, in den vergangenen eineinhalb Jahren an Fahrt gewonnen haben – ob diese, wie Vorläufer-Projekte, nicht doch ins Stocken geraten, wird sich in den kommenden Monaten zeigen müssen. Insbesondere die auseinanderklaffenden Ansätze Deutschlands (Inklusion) und Frankreich (Ambition) geben Aufschluss darüber, welche Formen PESCO annehmen könnte.

Ginge es nach Paris, würde sich unter dem Dach von PESCO eine begrenzte Anzahl von Staaten zusammenzufinden, um (nationale) Verteidigungsanstrengungen effizienter und schlagkräftiger zu gestalten. Deutschlands inklusiver Ansatz, der sich letztlich durchgesetzt hat, zielt darauf ab, möglichst viele EU-Staaten in eine engere militärpolitische Kooperation zu integrieren. Mit diesem Ansatz ist das Risiko verbunden, dass auf Kosten des Integrationsgedankens wenig in tatsächlich verteidigungsnotwendige Kapazitäten investiert wird; entweder, weil einzelne Staaten diese Anstrengungen blockieren, oder, weil diese nicht über die notwendigen Mittel verfügen.

Unter diesen Voraussetzungen läuft die PESCO-Initiative Gefahr, in einer Sackgasse zu landen. In diesem Fall könnten EU-Staaten allerdings auf bilaterale

⁴ <https://www.aei.org/publication/new-initiative-on-european-defense-repeats-the-same-mistakes/>

⁵ <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/pesco--ein-meilenstein-auf-dem-weg-zur-verteidigungsunion-19806>

Kooperation zurückgreifen, um über einen Umweg Europa eine bedeutsamere Verteidigungspolitik zu verleihen.

Auch in diesem Bereich nehmen Deutschland und Frankreich eine Vorreiterrolle ein. So haben die beiden Länder Mitte Juli 2017 bekundet, gemeinsam einen europäischen Kampfjet entwickeln zu wollen. Die Entwicklungspläne sollen bis Mitte des kommenden Jahres vorlegt werden und den deutschen Eurofighter und die französischen Rafale ersetzen. Andere, langjährige Kooperationsmechanismen, wie die Deutsch-Französische Brigade, galten lange Zeit als ein Beispiel gescheiterter Zusammenarbeit. Zuletzt ist die Brigade jedoch häufiger eingesetzt worden, so beispielsweise 2014 in Mali.⁶ Im Bereich der bilateralen europäischen Verteidigungskooperation ließen sich weitere (erfolgreiche) Beispielen aufzählen, wie etwa die Integration von Teilen der niederländischen und tschechischen Streitkräfte in die Bundeswehr.⁷

Die Weiterführung dieser Liste würde jedoch darüber hinwegtäuschen, dass europäische Verteidigungspolitik noch weit vom Ziel der strategischen Autonomie entfernt ist. So wichtig (und symbolträchtig) die zuvor erwähnten Initiativen und PESCO sind, so wenig ermöglichen sie den EU-Mitgliedstaaten, (strategische) Unabhängigkeit von den USA zu erlangen. Auch wenn strategische Autonomie von Amerika für Manche reizvoll auf dem Papier aussehen mag (nicht zuletzt aus integrationspolitischen Gründen), so ist dieses Ziel auf absehbare Zeit weder erreichbar, noch erstrebenswert. Die USA werden in den kommenden Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten, weiterhin der Sicherheitsgarant für den europäischen Kontinent sein, sofern Washington einen Sinn in diesem (kostspieligen) Unterfangen erkennt; insbesondere die kollektive Verteidigung des transatlantischen Bündnisses kann Europa ohne die (nukleare) Abschreckungsfunktion der USA bis auf Weiteres nicht alleine stemmen.

Aus Eigeninteresse, aber auch, um die USA von der Sinnhaftigkeit der engen sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperation zu überzeugen, müssen die Europäer verstärkt in ihre eigenen Kapazitäten investieren. Zwar werden sie sich durch mehr Investitionen in europäische verteidigungspolitische Mittel nicht unabhängig von

⁶ <http://www.france24.com/en/20140219-franco-german-joint-brigade-mali>

⁷ <http://foreignpolicy.com/2017/05/22/germany-is-quietly-building-a-european-army-under-its-command/>

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Ära Trump

den USA machen können; mehr Bewegungsfreiheit gäbe den Europäern allerdings die Möglichkeit, eigenständiger in Krisengebieten in der eigenen Nachbarschaft zu operieren und so die Amerikaner zu entlasten.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass der französische Präsident Emmanuel Macron jüngst von der Notwendigkeit, gesprochen hat, die EU müsse „operationelle“ Unabhängigkeit erlangen.⁸ Die Forderung nach „strategischer“ Autonomie nahm er allerdings nicht in den Mund. Womöglich deutet Macrons Wortwahl darauf hin, dass auch den sonst Amerika-kritischen Franzosen einleuchtet, dass der transatlantische Link nach wie vor unabdingbar ist für die Sicherheit und Verteidigung Europas – ob mit, oder ohne einen Präsidenten Trump.



Aylin Matlé schreibt derzeit ihre Dissertation über die Rolle der USA innerhalb der NATO während der Obama-Jahre. Sie arbeitet außerdem als wissenschaftliche Hilfskraft für den Koordinator für Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Aylin Matlé hat einen M.A. in War Studies am King's College London absolviert.

⁸ <http://carnegieeuropa.eu/strategieeuropa/73311?lang=en>



Ein Text von Christine Hegenbart

Vor zehn Jahren, im April 2007, wurden in Estland Server der Regierung sowie von Banken, Medien und anderen Unternehmen Ziel von massiven Cyber-Angriffen. Die sogenannten DDoS-Attacken währten mehr als drei Wochen. Da es sich bei dem baltischen Staat um eines der vernetztesten Länder der Welt handelt, hatten die offenbar zentral gesteuerten Angriffe Auswirkungen auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen Estlands. Auch wenn der Urheber nicht zweifelsfrei benannt werden konnte, geht die estnische Regierung – auch aufgrund von technischen Belegen – davon aus, dass die russische Regierung für die Orchestrierung der Cyber-Angriffe verantwortlich war.¹

Diese Ereignisse in Estland gelten als die ersten großangelegten Cyber-Angriffe gegen einen Staat, die nationale Sicherheitsinteressen berührten. Die NATO, der Estland seit 2004 angehört, stand seinem Mitgliedsstaat beratend zur Seite. Gleichzeitig wurde der nordatlantischen Allianz deutlich vor Augen geführt: Die Bedrohungen aus dem Cyberraum betreffen die Bündnispartner auf beiden Seiten des Atlantiks.

Herausforderungen der Allianz im Jahr 2018

Obwohl die Gefahren bereits vor einer Dekade erkannt wurden, sprechen viele NATO-Vertreter von „Cyber“ als der drängendsten „neuen Herausforderung“². Doch mit welchen Bedrohungen wird die Verteidigungsallianz im kommenden Jahr 2018 konfrontiert sein?

Seit Jahren steigt die Zahl der Angriffe auf die digitale Infrastruktur der NATO. 2016 war sogar ein signifikanter Anstieg von 60 Prozent zu beobachten. Sollten sich diese Entwicklungen fortsetzen, wird die Allianz 2018 deutlich mehr Versuche von Cyber-Vandalismus, -Spionage oder -Sabotage³ zu bewältigen haben, bei denen eine

¹ https://ccdcoe.org/sites/default/files/multimedia/pdf/legalconsiderations_0.pdf

² So beispielsweise der Ständige Vertreter Deutschlands beim Nordatlantikrat in Brüssel, Botschafter Dr. Hans-Dieter Lucas, beim NATO Talk around the Brandenburger Tor am 13. November 2017 in Berlin.

³ Einen Überblick über Angriffs- und Konfliktarten findest du bei Christine Hegenbart: Semantics Matter. NATO, Cyberspace and Future Threats. *Research Paper. Research Division – NATO Defense College*, 103 (2014), S. 2f., S.6f, abrufbar unter: <http://www.ndc.nato.int/news/news.php?icode=701>.

automatische Bearbeitung nicht ausreichend ist und IT-Spezialisten eingreifen müssen:⁴ 2016 waren es monatlich etwa 500 bedrohliche Cyber-Vorfälle. 2018 werden es schätzungsweise über 1250 sein.⁵ Auch die militärischen Netze und Systeme der NATO-Mitgliedstaaten sind immer stärker unter Beschuss.⁶ Dabei sind Waffensysteme und andere militärische Fähigkeiten anfällig für diese Gefahren, da sie zahlreiche Computer und sensible Elektronik enthalten.

Hinzu kommen strategische Herausforderungen: Die Verteidigungsallianz muss sich 2018 weiter an die sicherheitspolitischen Umbrüche anpassen, die im Jahr 2014 ihren Ausgang nahmen.⁷ Dies gilt auch für deren Cyber-Dimension, die sich in den neuen Arten und Techniken, über die kriegerische Konflikte ausgetragen werden, manifestiert. Nicht-staatliche und staatliche Akteure führen hybride Kriege. An der Ostflanke der NATO verfolgte Russland nicht nur während der Annexion der Krim eine hybride Strategie, sondern tut dies auch weiterhin in der Ostukraine. Zudem werden Cyber-Operationen in international ausgetragenen Auseinandersetzungen genutzt. Im Kampf gegen die Terrororganisation IS kommen nicht nur konventionelle Mittel zum Einsatz, sondern die USA gehen auch mittels Cyber-Operationen gegen die Kommunikations- und Computernetzwerke der IS-Kämpfer vor.⁸ Durch diese und andere Beispiele wird deutlich, dass einerseits geopolitische Konflikte zunehmend im Cyberraum ausgetragen werden und andererseits Cyber-Angriffe die Sicherheit der NATO-Partner bedrohen können. Die Mitglieder der Allianz sind sich einig, dass die meisten Krisen und Konflikte der Zeit eine Cyber-Dimension haben und haben werden.⁹

⁴ Vgl. Christoph B. Schiltz: Spezialeinsatz der Nato in einem lautlosen Kampf. In: *Die Welt*, 28.02.2017, S. 6.

⁵ https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2017_05/20170515_1705-factsheet-cyber-defence-en.pdf

⁶ Dies zeigen Statistiken der Bundeswehr exemplarisch, vgl. u.a. Stefan Kreml: Über 47 Millionen IT-Angriffe auf die Bundeswehr im Jahr 2016; *heise online*, 13.01.2017, abrufbar unter: <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Ueber-47-Millionen-IT-Angriffe-auf-die-Bundeswehr-im-Jahr-2016-3595632.html>.

⁷ So sehen vielen Experten, durch die sicherheitspolitischen Umbrüche 2014 auch einen Wendepunkt in der Entwicklung der NATO. Vgl. Johannes Varwick: *NATO in (Un-)ordnung. Wie transatlantische Sicherheit neu verhandelt wird*. Schwalbach/Ts. 2017, S. 53-61.

⁸ <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2016/04/13/statement-president-progress-fight-against-isil>

⁹ https://www.nato.int/cps/su/natohq/opinions_132349.htm?selectedLocale=en

Die NATO befindet sich daher in einem umfassenden Anpassungs- und Transformationsprozess, der dies berücksichtigt.

Handlungsempfehlungen für die NATO im Jahr 2018

Auf den NATO-Gipfeln in Wales am 4./5. September 2014 und in Warschau am 8./9. Juli 2016 wurden diese Prozesse eingeleitet. Die Verteidigungsminister der Allianz einigten sich angesichts der gestiegenen Bedrohungslage darauf, den Cyberraum neben Land, See und Luft als vierten Operationsraum der Allianz anzusehen. Zudem verständigten sie sich darüber, dass Cyber-Angriffe mit gravierenden Folgen den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages auslösen können. In den vergangenen Jahren wurden zudem viele Maßnahmen getroffen, durch die das Bündnis sich gegen die aktuellen Bedrohungen aus dem Cyberraum besser wappnen kann. Vier Punkte sollten im kommenden Jahr ganz oben auf der Agenda der transatlantischen Partner stehen:

(1) Selbstschutz ausbauen

Die gestiegene Bedrohungslage macht es notwendig, dass die NATO mehr in den Schutz der eigenen Netze investiert – sowohl der administrativen als auch der operativen. Insbesondere ist hierzu mehr Personal im CERT der NATO im Hauptquartier in Brüssel notwendig. Derzeit arbeiten dort 200 hoch qualifizierte IT-Spezialisten.¹⁰ Deren Zahl muss an die gestiegene Zahl der Cyber-Vorfälle angeglichen werden.

(2) Schutzstandards der Mitgliedsstaaten erhöhen

Die Netzwerke der NATO sind notwendigerweise mit denen ihrer Mitgliedstaaten verbunden. Dies führt dazu, dass sich Schwächen in einem der Netzwerke, auf das ganze Netzwerk der NATO auswirken können.¹¹ Die Mitgliedsstaaten haben in ihren militärischen Netzen jedoch kein einheitlich hohes Schutzniveau. Es zu vereinheitlichen, sollte im kommenden Jahr mit Elan vorangetrieben werden. Nachdem die USA mit Blick auf die Cyber-Fähigkeiten weltweit führend sind, sind hier vor allem die europäischen Verbündeten gefragt. Wichtige und notwendige Schritte wären die Entwicklung von

¹⁰ Vgl. Schiltz: Spezialeinsatz der Nato.

¹¹ Hegenbart: Semantics Matter, S. 11.

Mindeststandards sowie von standardisierten Bewertungskriterien, durch die die Fortschritte beim Ausbau des Schutzes der Netzwerke gemessen werden können.¹²

(3) Fähigkeiten der Cyber-Verteidigung in die NATO-Kommandostruktur integrieren

Für die Operationen zu Land, zu See und zu Luft verfügt die Verteidigungsallianz über operative Hauptquartiere. Es ist somit ein konsequenter Schritt, wenn die NATO die Kommandostrukturen für den vierten von ihr anerkannten Operationsraum stärkt.

Folgerichtig haben die NATO-Verteidigungsminister bei ihrem Treffen am 8. November 2017 in Brüssel beschlossen, ein Cyber-Operationszentrum als Teil der neuen, erweiterten Kommandostruktur aufzubauen.¹³ Dieser Beschluss sollte im kommenden Jahr umgesetzt werden. Nur so kann die NATO auf Cyber-Angriffe schnell reagieren und ihre Cyber-Verteidigung angemessen institutionalisieren.¹⁴ Wie im traditionellen Fähigkeitsspektrum werden im neuen Cyber-Operationszentrum nur Fähigkeiten koordiniert, die die Mitgliedstaaten bereitstellen. Aufgrund der hohen Sensibilität müssen, um ein optimales Funktionieren des neuen Zentrums zu gewährleisten, besondere Regeln gelten und zudem verstärkt vertrauensbildende Maßnahmen durchgeführt werden.

(4) Entwicklung internationale Normen vorantreiben

Mit der Veröffentlichung des Tallinn Manuals 2013 und des Tallinn Manuals 4.0 2017 wurden im Auftrag der NATO Grundlagenwerke vorgelegt, wie internationales Recht im Cyberraum angewandt und wie Cyber-Konflikte eingedämmt werden können. Allerdings haben die Manuals „keinerlei bindenden Charakter“¹⁵. Zwar liefert der Nordatlantikvertrag „keinen rechtlich unbegrenzten Handlungsrahmen für beliebige politische [...] Zwecke“¹⁶,

¹² Vgl. Bruno L  t  , Daiga Dege: NATO Cybersecurity: A Roadmap to Resilience. In: *Policy Brief, German Marshall Fund of the United States*, 3 (2017), S. 3.

¹³ https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_148417.htm?selectedLocale=en

¹⁴ <http://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/here-s-why-nato-s-cyber-operations-center-is-a-big-deal>

¹⁵ Thomas Reinhold: Cyberspace als Kriegsschauplatz? Herausforderungen für Völkerrecht und Sicherheitspolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Moderne Kriegsführung*, 35-36 (2016), S. 22-27, hier: S. 24.

¹⁶ Varwick: NATO in (Un-)ordnung, S. 140.

doch sollten sich die 29 Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Linie einigen und ihre Ideen für die Einbindung von Cyber-Fähigkeiten in das Völkerrecht vorantreiben. Dadurch würde das noch ferne Ziel einer internationalen Vereinbarung, die den Cyberraum berücksichtigt, zumindest ein Stück näher rücken. Ein erster Schritt wäre es, wenn sich die NATO-Mitglieder auf Einsatzregeln für Operationen im Cyberraum verständigen¹⁷ und eine grundlegende Diskussion über den Einsatz von offensiven Cyber-Mitteln führen.¹⁸

Die NATO hat in den vergangenen Jahren viel getan, um für sich und ihre Mitgliedstaaten mehr Sicherheit im Cyberraum zu schaffen. Doch mit der rasant steigenden Bedrohung können die transatlantischen Partner nur dann Schritt halten, wenn sie auch im kommenden Jahr große Anstrengungen unternehmen. Der NATO-Gipfel am 11./12. Juli 2018 in Brüssel bietet hierzu die beste Gelegenheit. Die vorgeschlagenen Maßnahmen decken dabei drei wichtige Bereiche der sicherheitspolitischen Strategie der Abschreckung ab: Deterrence by Denial (1+2), Deterrence by Retaliation (3) und Deterrence by Norms (4). Sie können das Ziel des Nordatlantikpakts, die Sicherheit der Bündnispartner auch in einer sich wandelnden, digitalen Welt zu gewährleisten, maßgeblich unterstützen.

¹⁷ Vgl. Lété, Dege: NATO Cybersecurity, S. 4.

¹⁸ Hierüber gehen die Expertenmeinungen auseinander: vgl. z.B, Barbara Roggeveen: NATO Needs an Offensive Cybersecurity Policy; *Atlantic Council* 08.08.2017, abrufbar unter: <http://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/nato-needs-an-offensive-cybersecurity-policy> und Marcel Dickow: Standpunkt: Braucht die Bundeswehr offensive Cyberfähigkeiten? Contra. In: *Bulletin des Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CSU*, 1 (2016). Weite Teile der Argumentation Dickows sind auf die NATO übertragbar.



Dr. Christine Hegenbart arbeitet für einen Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Zuvor war sie fünf Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin einer politischen Stiftung tätig und beschäftigte sich insbesondere mit außen- und sicherheits-politischen Fragen. Als Reseach Fellow des NATO Defense College in Rom forschte sie außerdem zum Thema Cyber-Sicherheit. Dr. Christine Hegenbart hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München in Literaturwissenschaften promoviert; davor absolvierte sie in München und Wien ein Magisterstudium in Neuerer deutscher Literatur, Geschichte und Psychologie.



TEIL 2: REGIONEN



Der Rückzug der USA aus Syrien und seine Folgen



Ein Text von Tim Benkner

Der Syrienkonflikt tobt mittlerweile schon seit über sechs Jahren und ein Ende ist nicht absehbar. Der syrische Bürgerkrieg hat bisher rund 400.000 Menschenleben gefordert, 12 Millionen Menschen in die Flucht getrieben und das Land samt Bewohner fundamental verändert. Auch die politischen Bemühungen der Vereinigten Staaten haben sich im Laufe des Konfliktes grundlegend verändert. So hat die neue US-Regierung unter Präsident Trump die bisherige Strategie der Obama-Administration aufgegeben und reagiert mit einem neuen Kurs auf die veränderten Gegebenheiten in Syrien.

Nach dem Wahlerfolg von Donald Trump war die Linie der US-Syrienpolitik jedoch zunächst über Monate hinweg unklar. Im Wahlkampf hatte Donald Trump noch mit dem Versprechen geworben, das US-Engagement in Syrien zu reduzieren. Der Tomahawk-Angriff auf die syrische Luftwaffenbasis Schairat im April ließ Gegenteiliges erwarten.

Mittlerweile scheinen die USA in Syrien jedoch deutlich pragmatischer zu agieren, als dies noch unter Obama der Fall war. So ist die neue Priorität der Vereinigten Staaten mittlerweile die Stabilisierung der Region bei gleichzeitiger Eindämmung radikaler Mächte. Vom Anspruch der Entmachtung von Assad haben sich die Vereinigten Staaten verabschiedet. Stattdessen kooperiert die US-Regierung inzwischen sogar mit den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF), einem militärischen Zusammenschluss zwischen den von der PYD geführten syrischen Kurden und einigen arabischen Stämmen.

Baschar al-Assad abzusetzen war schon lange keine kurzfristig realisierbare Option mehr. Durch die militärische Unterstützung Russlands und des Irans hat die syrische Armee im Kampf gegen die säkulare und islamistische Opposition das zuvor verlorene Staatsgebiet Zug um Zug zurückerobert. Inzwischen kontrolliert das Assad-Regime wieder das Kernland und alle großen syrischen Städte, bis auf wenige Ausnahmen. Assads Position ist dadurch entsprechend gefestigt und ein Sturz wird zunehmend unwahrscheinlicher. Die USA mussten daher davon ausgehen, dass ein Fortsetzen der militärischen Unterstützung der Rebellen langfristig wenig erfolgversprechend ist und nur eine weitere Destabilisierung für die Region bedeuten würde. Infolgedessen und im Lichte der wachsenden Bedrohung durch den IS wurde die

Der Rückzug der USA aus Syrien und seine Folgen

Unterstützung der Rebellengruppen im Juli eingestellt. Auch der Rücktritt Assads ist seitdem keine amerikanische Kernforderung mehr.

Das war zu Beginn der Zusammenarbeit mit den Rebellen im Jahr 2013 noch anders. Damals sollte der syrische Präsident militärisch unter Druck gesetzt und zu Verhandlungen beziehungsweise zur Abdankung gezwungen werden. Es wurde allerdings schnell deutlich, dass die von den USA unterstützten Rebellen nicht ausreichten, um den gewünschten Druck auf Assad zu erzeugen. Der damalige Außenminister John Kerry beklagte zu dieser Zeit wiederholt das geringe militärische Engagement seines Landes und ging damit auf Distanz zu seinem Präsidenten Barack Obama. Dieser vertrat in Syrien eine bisweilen sehr zurückhaltende Politik, die sich besonders deutlich bei dem Giftgaseinsatz im August 2013 zeigte, auf den Obama trotz vorhergehender Warnungen und roter Linien militärisch nicht reagierte. Diese Politik der lähmenden Zurückhaltung ließ anderen Akteuren wie Russland, Iran und der libanesischen Hisbollah wachsenden Spielraum ihren Einfluss in der Krisenregion auszubauen und so den Konflikt zu ihren Gunsten zu wenden. Assads Position wurde als Folge gesichert und die USA mussten sich mit einer neuen Strategie dieser Realität anpassen. Die Gleichgültigkeit der damaligen amerikanischen Regierung im Angesicht von Kriegsverbrechen und Leid, führte darüber hinaus zu einem enormen Verlust an Einfluss und Glaubwürdigkeit in der Region und kann daher als der bisher größte außenpolitische Fehler der USA in diesem Jahrzehnt betrachtet werden.

Dennoch nehmen auch kritische Stimmen zu, die meinen, dass die USA durch ihre strategische Neuausrichtung in Syrien ihren Machtanspruch in der Region teils oder ganz aufgegeben hätten und dadurch zu einer weiteren Destabilisierung des Landes beitragen. In der Tat stehen die Vereinigten Staaten aktuell wieder vor einem altbekannten Dilemma. Das Vakuum, das die USA in Syrien hinterlassen, wird umgehend von anderen Akteuren gefüllt. Der Entschluss, die Rebellengruppen nicht weiter zu unterstützen, könnte so andere Staaten wie die Türkei oder Saudi Arabien zu einer verstärkten Einflussnahme zugunsten der Regimegegner anhalten. Die Türkei engagiert sich bereits militärisch in Syrien. Ankara, das im sogenannten Astana-Abkommen die Kontrolle über die syrische Rebellengruppe Idlib an der türkischen Grenze zugesprochen bekam, wird auch zukünftig versuchen, den Einfluss der mit der PKK verbündeten PYD zurückzudrängen

Der Rückzug der USA aus Syrien und seine Folgen

und damit ein autonomes Kurdengebiet auf ehemals syrischen Gebieten zu verhindern. Diesem Ziel dient auch der Einmarsch der türkischen Armee Anfang Oktober 2017 in diese Zone. Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Entwicklungen ist somit von einem verstärkten Engagement der Türkei in Syrien auszugehen.

Auch Israel beobachtet die Entwicklungen in Syrien mit Sorge und fürchtet dabei vor allem den wachsenden Einfluss des Irans in der Region. Teheran stützt das syrische Regime und finanziert die libanesische schiitische Hisbollah-Miliz, die in Syrien auf Seiten Baschar al Assads kämpft und sich mit dem neu erstarkenden syrischen Regime im Land ausbreitet. Das politische Überleben Assads macht es Teheran möglich, seinen Einfluss bis zum Mittelmeer auszudehnen. Mit Syrien verfügt der Iran über einen potenziellen Korridor bis zum Erzfeind Israel. Vor allem durch ein Vorrücken der Hisbollah auf die Golanhöhen würde sich so eine leicht entzündbare Grenze zum israelischen Hoheitsgebiet auf tun. Das kann und wird Israel so nicht hinnehmen. Generell folgte Israel bisher der Devise, sich möglichst aus dem Syrienkrieg herauszuhalten. Dennoch ist aktuell eine verstärkte israelische Aktivität im syrischen Konflikt zu beobachten. Israel unterstützt bereits seit einiger Zeit die gemäßigten Rebellen mit Waffen und Munition und fliegt immer wieder Vergeltungsschläge im syrischen Hoheitsgebiet. Das Ziel dieser Unterstützung ist der Aufbau einer Art Pufferzone mit kontrollierbaren verbündeten Kräften und frei von radikalen Gruppen. Ein zunehmendes Engagement Israels scheint in Zukunft durch den Rückzug der USA als Garantiemacht noch wahrscheinlicher und ist aus israelischer Sicht notwendig, um langfristig die eigenen Interessen zu wahren.

Doch nicht nur Israel beobachtet die Entwicklungen in Syrien mit Sorge. Auch Saudi-Arabien sieht im wachsenden Einfluss des Irans eine massive Bedrohung der eigenen Interessen. Das wahhabitisch-sunnitische Herrscherhaus in Riad unterstützt bereits seit Jahren die ebenfalls sunnitischen Rebellen, die gegen das Assad-Regime und damit auch gegen den Iran und dessen schiitischen Islamismus vorgehen sollen. So hat Saudi-Arabien gegen die syrische Armee diverse Rebellengruppen mit Waffen und Munition aufgerüstet und zu militärischen Zusammenschlüssen ermuntert. Es geht dabei vorwiegend darum, den schiitischen Einfluss im Nahen Osten zu schwächen. Ein Großteil

Der Rückzug der USA aus Syrien und seine Folgen

der anderen Golfstaaten unterstützt Saudi-Arabien dabei. Es gibt aber auch Streitpunkte und Differenzen, da den kleineren Golfstaaten die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Nachbarland Iran wichtig sind. Höhepunkt dieser Spannungen war jüngst die Blockade Katars durch Saudi-Arabien. Der Rückzug der USA aus dem Konflikt könnte das militärische Engagement Saudi-Arabiens in Syrien weiter verstärken. Es ist zu befürchten, dass Saudi-Arabien ohne den mäßigenden Einfluss der USA dann auch radikalere Kräfte unterstützen wird, um seine Interessen durchzusetzen. Bei einem möglichen saudisch iranischen Konflikt, der neben Jemen sicherlich auch in Syrien ausgefochten werden dürfte, würden die USA außerdem als schlichtender Akteur fehlen. Fraglich ist dann, inwieweit Russland in der Lage sein wird, mäßigend auf Saudi-Arabien einzuwirken

Russland selbst wird auch zukünftig mit allen Mitteln das syrischen Regime unterstützen, alleine schon um seinen strategischen Zugang zum Mittelmeer nicht zu gefährden. Überdies will Moskau aufgrund der Erfahrungen der Intervention in Libyen 2011 keinen weiteren, vom Westen militärisch unterstützten Regimewechsel mehr zulassen. Schließlich sieht Putin in dem russischen Eingreifen in den Konflikt auch eine Möglichkeit den Großmachtstatus Russlands zu bekräftigen und von innenpolitischen Problemen abzulenken.

Abschließend ist festzuhalten, dass der Rückzug der USA auch unter Präsident Trump freilich kein kompletter ist. Die Vereinigten Staaten sind längst mit eigenen Stützpunkten in Syrien vertreten, die den langfristigen Gestaltungswillen der USA deutlich signalisieren. Auch war das Einstellen der bisherigen Unterstützung der Rebellen eine logische Konsequenz der außenpolitischen Verfehlungen unter Obama und der daraus resultierenden gestärkten Position Assads sowie der zunehmenden Bedrohung durch den IS. Nichtsdestotrotz ist das Ergebnis eine schwächelnde Position der USA in der Region, die die bereits bestehenden Auseinandersetzungen weiter anfachen dürfte und darüber hinaus mit hoher Wahrscheinlichkeit zu neuen Konflikten führen wird. Das Ergebnis könnten noch heftigere Kämpfe und eine unüberschaubare Anzahl an Konfliktparteien sein, Leidtragende sind aber mit Sicherheit die Bürger Syriens.

Der Rückzug der USA aus Syrien und seine Folgen



Tim Benkner, Jahrgang 1994, studiert aktuell Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Internationales und Europäisches Öffentliches Recht an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Er ist Co-Leiter des Security-Departments und Mitglied der Deutschen Atlantischen Gesellschaft sowie der Christlich-Sozialen Union.



Der amerikanische chinesische Traum



Ein Text von Fabio Crynen

Im Oktober dieses Jahres vollzog sich ein Megaevent im Reich der Mitte. Dieses Mal war es jedoch keine gigantische Sportveranstaltung zu Prestige-Zwecken, sondern ein Ereignis, welches die politische Entwicklung Chinas neu ordnen und die der restlichen Welt zumindest stark beeinflussen wird. Die Rede ist vom 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, jenem institutionellen Organismus, der mit anhaltender Rigorosität und Effizienz die (noch) bevölkerungsreichste Nation der Erde beherrscht.

Im Zentrum des Spektakels stand der selbsternannte „Kern“ der Partei – Staatspräsident und Parteivorsitzender Xi Jinping. Der Mann, dessen Vater in den Zügen der grausamen Kulturrevolution noch von Maos Rotgardisten verhaftet wurde, hievt sich – so war es Tenor in allen großen Zeitungen – nun auf eine Stufe mit jenem Staatsgründer. Sein Gedankengut ist nun offiziell ein Teil der Parteistatuten geworden. Das sollte den Westen alarmieren: Denn der mächtigste Mann Chinas setzt mehr denn je auf Unterdrückung, Überwachung und träumt von einer „Wiedergeburt Chinas“.

In Fernost braut sich eine autoritäre Supermacht zusammen, die den Westen zu überholen droht. All das ist wahrlich nichts Neues. Doch mehr denn je droht nicht nur die Nation China dem Westen den Rang abzulaufen, sondern auch ein neuer „chinesischer“ Narrativ, der die vermeintliche Erfolgsgeschichte des westlichen Liberalismus und Individualismus erodieren lassen könnte. Schon jetzt träumen westliche Regierungschefs wie der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán von einer „postliberalen“ Gesellschaft. Dieser Konflikt der Ökonomien und Macht-verhältnisse droht ein Konflikt der Ideologien zu werden. Deshalb fällt den Vereinigten Staaten und seinen Partnern wie der Europäischen Union die Rolle zu, als „Bollwerk“ des Liberalismus und der westlichen Gesellschaftskonzeption zu wirken. Indes steht die amerikanische Administration dieser Tage in außenpolitischen Belangen für den Rest der Welt so konzeptlos wie irgend möglich dar.

Neben babylonischen Verhältnissen in der Personalpolitik des Weißen Hauses, herrschen offenbar unüberbrückbare Kommunikationsdefizite zwischen Präsident Trump und Außenminister Rex Tillerson. So soll jener u.a. das amerikanische Staatsoberhaupt als „Deppen“ bezeichnet haben, was Tillerson nichtmals dementierte.

Dies geschah wohlgerne nachdem Trump seinen Minister mehrmals düpierte, indem er ihn öffentlich – vorzugsweise per Tweet – widersprach.

I. China & China

Während einer dreistündigen Rede erhalten die Zuhörer häufig Gelegenheit, zu applaudieren. Ganz besonders intensiv dürfte dieser Applaus jedoch während des Parteitags seitens der kommunistischen Parteigenossen gewesen sein, als Xi Jinping sich zum Thema Taiwan äußerte. Seine Worte zeugten weder von einem Kurswechsel – der auch nicht zu erwarten war – noch von einer sich moderat gebenden chinesischen Staatsführung.

Viel mehr betonte Xi, er werde es niemals zulassen, dass jemals „ein Teil Chinas abgetrennt“ werde. Damit verwies er klar auf die vor der Küste des festländischen Chinas liegende liberal-demokratische Inselrepublik Taiwan. Erstmals steigt die Sorge, dass der derzeitige Zustand des Friedens zwischen der Volksrepublik und Taiwan in naher Zukunft enden könnte. Eine Annäherung der beiden Chinas ist derweil nicht in Sicht, zumal die Stimmung in der taiwanesischen Bevölkerung und innerhalb des Parlaments keinerlei Bestrebungen zu einer Annäherung an die Volksrepublik zeigen lässt. Denn an der Spitze der Inselrepublik steht Staatspräsidentin Tsai Ing-wen von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), die sich einer stärkeren ökonomischen Unabhängigkeit von der Volksrepublik verschrieben hat.

Die Rolle der USA in diesem Konflikt ist historisch die einer starken Schutzmacht für den Inselstaat, auch wenn erstere Taiwan seit 1979 nicht mehr als eigenen Staat, sondern als Teil der Volksrepublik betrachtet. Mit dem Amtsantritt von Donald Trump ist jedoch merklich mehr Dynamik in die Taiwan-Frage hineingekommen.

So beschloss die Regierung Trump im Juni eine Waffenlieferung an Taiwan im großen Stil: Unter anderem soll die Republik mit Torpedos und Raketenbauteilen im Wert von 1,42 Milliarden USD ausgestattet werden. Weiterhin hob der Kongress im Oktober Beschränkungen auf, die bisher für hochrangige Besuche zwischen den USA und Taiwan galten. China reagierte prompt: Die USA sollten auf jegliche offizielle Kontakte mit der abtrünnigen Provinz verzichten.

Die Beziehungen zu Taiwan gleichen einem Drahtseilakt: Auf der einen Seite böte sich für die USA die Gelegenheit ein Zeichen für die liberale Demokratie westlicher Prägung zu setzen, welche sich in Taiwan so gut kultiviert hat, und den volksrepublikanischen Gesellschaftsvorstellungen ein „anderes China“ entgegen zu bringen. Andererseits würde die chinesische Führung eine zu starke Anerkennung und Unterstützung Taiwans aus geopolitischen und ideologischen Gründen nicht dulden. Wie rigoros das „wiederauferstehende“ China in territorialen Fragen reagieren kann, zeigen die Konflikte im Südchinesischen Meer.

II. Xi und die See

Im Januar sorgte der damals noch designierte US-Außenminister Tillerson bei der chinesischen Führungsriege für gewaltige Empörung. Er erklärte mit Hinblick auf die Vorgänge im Südchinesischen Meer, dass die Volksrepublik sich Gebiete aneigne, die ihr „nicht rechtmäßig“ gehörten, und bezeichnete deren Übernahme als „illegal“. China lässt derweil im Südchinesischen Meer seine Muskeln spielen: So wurden im September dieses Jahres die ersten Stealth-Flieger des Typs J-20 in den Dienst gestellt, um das Südchinesische Meer zu sichern. Damit sind die Chinesen neben den US-Amerikanern nun die einzige Nation, die über solche Militärflieger verfügt. Gesichert werden sollen unter anderem die zahlreichen künstlichen Inseln, die China in den letzten Jahren konstant im Südchinesischen Meer aufgeschüttet hat. Urlaubsinseln für überarbeitete Han-Chinesen hat Peking dabei wohl eher nicht im Hinterkopf: So gibt es offenbar bereits jetzt Anzeichen, dass auf einigen der künstlichen Inseln Stationen für Flugabwehrraketen konstruiert wurden.

Die Absicht Chinas ist evident, erklärte Peking doch im Jahr 2009, dass 80% des umstrittenen Gebietes chinesisches Territorium sei. Es geht bei diesem Konflikt weniger um bloßes Territorium als Selbstzweck einer Expansionspolitik, die die „Wiedergeburt“ Chinas symbolträchtig verdeutlichen soll. Vielmehr interessieren die reichen Öl- und Gasvorkommen in dieser Region.

Die USA reagieren auf die chinesischen „Illegalitäten“ mit Militärmanövern in Gewässern, die nach Pekinger Lesart chinesisches Hoheitsgebiet sind und einen Rechtsbruch darstellen. Jedenfalls haben die Amerikaner das internationale Recht auf

ihrer Seite: Noch im Juli 2016 hatte der Ständige Schiedshof in Den Haag geurteilt, dass China keine sich aus historischen Quellen speisenden Hoheitsansprüche in diesem Gebiet habe. Gleichwohl geht es den USA nicht nur um die Verteidigung internationaler Rechtsprechung: Neben der Aufrechterhaltung der freien Schifffahrt müssen die Vereinigten Staaten ihre unter Obama eingeleitete Einflussmehrung im pazifischen Raum konsolidieren. China ist dabei ihr größter Antagonist.

III. Die neue Seidenstraße – Handel mit China

Bei allen Konfliktlinien, die sich zwischen den USA und China in den gespannten Beziehungen auftun, sind beide Staaten jedoch durch enge ökonomische Interessen miteinander verbunden. Diese Interdependenz ist ein gewichtiges Argument, um allzu pessimistischen Realisten etwas Wind aus den Segeln zu nehmen.

Jedoch könnten insbesondere die USA hier in einer Position der Schwäche sein. Denn der größte Gläubiger der Vereinigten Staaten ist Peking, was die USA in eine schwierige Lage versetzt hat: Geben die Chinesen eines Tages keine Kredite mehr, könnte es eng für die USA werden.

Dass die Chinesen sie als größte Volkswirtschaft in der nächsten Dekade überholen werden, ist bereits Konsens. Die „Wiedergeburt Chinas“ wird schließlich auch in ökonomischer Hinsicht geplant. Am deutlichsten unterstreicht dieses Credo das Projekt der Neuen Seidenstraße unter dem Motto *One Belt, One Road*. Das wohl größte Infrastrukturvorhaben der jüngeren Geschichte in Form eines Netzwerkes an Häfen, Eisenbahnen und Pipelines wird die Karten in der Weltwirtschaft neu mischen – und die Wirtschaftsmacht USA mehr herausfordern denn je. Hinzu kommen chinesische Investitionen in weiten Teilen Afrikas und Lateinamerikas, sowie in Ost- und Südeuropa wie die Beispiele Griechenland oder Serbien verdeutlichen.

Die chinesischen Investitionen werden bedürftige Staaten jedoch nicht nur ökonomisch, sondern vor allem auch politisch beeinflussen. Dem Westen – allen voran den USA – muss bewusst werden, dass es in den Beziehungen zu China nicht mehr nur um eine Frage des wirtschaftlichen Wettkampfes geht.

Dem demokratischen Kapitalismus als westlichem Standardmodell sagt die teuer bezahlte Erfolgsgeschichte des Sozialismus chinesischer Prägung den Kampf an. Dass

Der amerikanische chinesische Traum

sich Xi Jinping auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar dieses Jahres als Verfechter von Globalisierung und multilateraler Kooperation iszenierte, macht es dem Westen nicht leichter. China droht nunmehr also das Vakuum auf der wirtschaftlichen Bühne zu füllen, das Trump durch seine Flirts mit dem Protektionismus geschaffen hat. Ausgerechnet China, welches innenpolitisch das genaue Gegenteil einer weltoffenen Gesellschaft vertritt.

Der Westen wird eine Antwort auf die drängende Frage finden müssen, wie man mit der Volksrepublik umgehen sollte. Trotz vieler interner Probleme und Konflikte schwingt sich China zu neuen Höhen auf: Dem individualistischen amerikanischen Traum des 19./20. Jahrhunderts wird der kollektivistische chinesische Traum des 21. Jahrhunderts entgegengesetzt. Die Lösung der genannten Konflikte muss mit diesem Hintergedanken angegangen werden.



Fabio Crynen studiert im 3. Semester Politik und Recht an der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster. Er absolvierte 2017 einen Sprachaufenthalt in Shanghai an der Tongji Universität. In seiner Freizeit engagiert er sich neben der IJT bei der Jungen Union sowie dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten.

Herausforderung Iran: Transatlantische Handlungsalternativen im Atomstreit



Ein Text von Remko Leemhuis und Richard Volkmann

Seit Jahren bereits schwelt ein Streit um das iranische Atomprogramm. Während die iranische Regierung auf der zivilen Natur ihrer Tätigkeiten besteht, befürchten westliche Regierungen bereits seit Längerem, dass der eigentliche Zweck des Programms der Bau einer Atombombe sein könnte, die als Drohmittel in den Händen der islamistischen Machthaber in Teheran verheerende Konsequenzen für den Nahen Osten hätte und für Israel eine existenzielle Bedrohung darstellen würde. Nach jahrelangen Verhandlungen wurde schließlich im Jahr 2015 in Wien der sogenannte „Joint Comprehensive Plan of Action“ oder kurz „JCPOA“ beschlossen, in der Öffentlichkeit besser bekannt als „Atomabkommen“. Hierbei hatten sich die Islamische Republik einerseits und die fünf Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sowie Deutschland und die EU andererseits auf Rahmenbedingungen geeinigt, die eine atomare Bewaffnung des Iran dauerhaft unterbinden sollten. Ob und inwiefern das Abkommen geeignet ist, um dieses Ziel zu erreichen, ist seither Gegenstand intensiver politischer Auseinandersetzungen auf beiden Seiten des Atlantik.

Auffällig bei den Debatten über den „richtigen“ Umgang mit der Islamischen Republik Iran in Europa und den USA ist insbesondere die teils implizite, teils explizite Feststellung, dass es bis zur Unterzeichnung des JCPOA an substanziellem Kontakt und Dialog gemangelt habe. Daher wird das Abkommen über das iranische Atomprogramm vor allem auch als Beleg gedeutet, dass Diplomatie im Umgang mit dem Iran grundsätzlich funktionieren könne, solange beide Seiten guten Willen zeigten und zum Dialog bereit seien. Dass diese grundlegende Voraussetzung erfüllt ist, muss jedoch in Anbetracht der kaum nennenswerten politischen und menschenrechtlichen Fortschritte im Iran seit der sog. „Islamischen Revolution“ von 1979 bezweifelt werden.

Vielmehr haben die zentralen Fragestellungen und Themenfelder (Terrorismus, Menschenrechte, Aktivitäten in der Region), die schon vor Jahrzehnten als Probleme identifiziert worden sind, auch heute nichts an Aktualität eingebüßt. Der JCPOA wurde von seinen Befürwortern vor diesem Hintergrund als „Türöffner“ für Verhandlungen dieser anderen Felder in den Beziehungen zum Iran empfohlen; die in diesem Zusammenhang immer wieder betonte Stärkung der „moderaten“ Kräfte gegen die „Hardliner“ lässt

jedoch auch nach mehreren Jahren immer noch auf sich warten. Entgegen der Hoffnungen hat das JCPOA das iranische Regime keineswegs moderater gemacht. Gerade außenpolitisch agiert das Regime aggressiver denn je. So schwingt sich Teheran durch die massiven Interventionen in Syrien, dem Irak, Jemen immer mehr zu einem regionalen Hegemon auf. Über die schiitische Hisbollah-Miliz kontrolliert es de facto den Libanon.

Besonders hervorzuheben bleibt neben allen diesen Punkten auch die unverändert aggressive politische Rhetorik und Praxis gegenüber Israel. Dass es dem Regime ernst ist mit seinen regelmäßigen Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel, wird nicht zuletzt aus der massiven Unterstützung für Terrorgruppen wie die Hamas, den Islamischen Dschihad und die bereits erwähnte Hisbollah deutlich. Auch das in Entwicklung befindliche iranische Raketenprogramm wird ausdrücklich mit dem Ziel betrieben, die Raketen gegen den jüdischen Staat zu nutzen.

Bevor Aspekte einer neuen Iranpolitik dargelegt werden, gilt es zunächst die wesentlichen Fehlschlüsse und Urteile über den Iran zu benennen, die einer realistischen Einschätzung des Regimes und damit auch einer zielgerichteten Politik bisher im Wege stehen. Nur bei einer adäquaten Beurteilung des Regimes ist es möglich, effektiv Druck aufzubauen und reale Verhaltensänderungen herbeizuführen. Dabei halten wir besonders die folgenden drei Aspekte für entscheidend:

1. Eine Unterteilung in „Hardliner“ auf der einen und „Moderate“ oder „Reformer“ auf der anderen Seite ist nicht zielführend. Eine Karriere im Staatsapparat oder in der Politik ist für Gegner des per definitionem antiwestlichen Systems praktisch ausgeschlossen.
2. Unter anderem deshalb bleibt der Iran qua Staatsideologie und Politik ein erklärter Gegner des Westens, insbesondere des „Kleinen Satans“ Israel und des „Großen Satans“ USA. Mögliche kurzfristige Interessenkonvergenzen dürfen darüber nicht hinwegtäuschen.
3. Sinn und Zweck diplomatischer Verhandlungen werden im Iran fundamental anders gesehen als im Westen. Teheran versteht Diplomatie weniger als Ausgleich, sondern vielmehr als politisches Mittel, um den Gegner bzw. den Westen zu spalten,

Herausforderung Iran: Transatlantische Handlungsalternativen im Atomstreit

Zugeständnisse zu erreichen und militärische Angriffe zu verhindern. Der dauerhafte Kreislauf von Verhandlungen dient dem Regime daher auch einzig und allein dazu, den Westen in seinen Handlungen zu lähmen und durch die Andeutung möglicher zukünftiger Konzessionen am Verhandlungstisch zu behalten.

Diplomatie im Umgang mit dem Iran kann dennoch gelingen. Jedoch hat sie nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn Teheran zu der Einschätzung gelangt, dass die Kosten für Intransigenz deren Nutzen übersteigen. Dass der Iran dazu bereit war, über sein Atomprogramm zu verhandeln, ist alleine dem internationalen Sanktionsregime zu verdanken, das dem Land über Jahre hinweg ökonomisch empfindlich geschadet hat.

Wie kann eine transatlantische Politik gegenüber dem Iran in Zukunft also aussehen?

Die von Präsident Donald Trump verweigerte Zertifizierung des JCPOA und die Delegation an den US-Kongress stellen einen ersten und richtigen Schritt dar. Auch wenn Trump bisher unterschiedliche Signale aussendet und seiner Ankündigung, den Einfluss des Irans zurückdrängen, bisher keinerlei Taten folgen ließ, ist eine Neuverhandlung des JCPOA unvermeidlich.

Das oft vorgebrachte Argument, dass der Iran sich an das Abkommen halte, ist in erster Linie ein Ausweis der Schwäche des Vertrages. Neben der Tatsache, dass militärische Einrichtungen von möglichen Inspektionen ausgenommen sind, sind es vor allem zwei Aspekte, die das Abkommen so kritisch machen. Dazu zählt einerseits, dass der Iran nach wie vor Uran anreichert, ein für ein ziviles Atomprogramm schlechterdings unnötiger Schritt. Andererseits ist dies die sog. *Sunset Clause*: Diese Bestimmung im Vertragstext sichert dem Regime zu, dass wesentlichen Restriktionen im Hinblick auf sein Atomprogramm zehn bis 15 Jahre nach Unterzeichnung des Abkommens auslaufen, was sodann die „Break Out“-Zeit, also die Periode, die das Land für die Herstellung einer Nuklearwaffe benötigt, drastisch verkürzt. Damit hat das Regime langfristig alle Trümpfe in der Hand und den legalen Weg zur Atombombe gesichert. Dem Westen muss jedoch daran gelegen sein, dem Regime diesen Weg zu versperren. Dabei geht es entgegen vieler Stimmen in Europa und den USA hier nicht um die Alternative „Krieg oder Frieden“, sondern darum, ein verbessertes Abkommen auszuhandeln, das die Fehler des JCPOA behebt.

Dieser neue Vertrag sollte folgende Elemente enthalten:

1. Aufgabe der Sunset Clause: Solange kein Regime Change eintritt, gibt es keinen Grund zur Annahme, dass sich im Jahr 2025, wenn die ersten Beschränkungen auslaufen, der Charakter des Regimes geändert haben wird. Die iranische Führung hat den Westen über Jahre getäuscht und bis heute nicht alle Aktivitäten offengelegt. Insofern liegt es auf der Hand, dass etwaige Restriktionen ohne Ablaufdatum gelten müssen.
2. Militärische Anlagen müssen Teil des Inspektionsregimes werden.
3. Jedes neue Abkommen mit dem Iran muss andere wesentliche Konfliktfelder mit einbeziehen. Im Rahmen eines neuen Abkommens müssen etwa das ballistische Raketenprogramm, die Unterstützung terroristischer Gruppen sowie die destruktiven und destabilisierenden Aktivitäten in der Region (Syrien, Irak, Jemen, Libanon) Teil der Verhandlungen werden. Sanktionen müssen an all diese Aspekte gebunden werden.

Um den Iran überhaupt wieder an den Verhandlungstisch zu bringen, ist es entscheidend, dass die USA und die europäischen Partner an einem Strang ziehen. Diese Kooperation über den Atlantik ist auch deswegen wichtig, da der Iran, wie oben beschrieben, nur dann überhaupt bereit ist zu verhandeln, wenn seine Kosten-Nutzen-Rechnung ungünstig ausfällt. Kurzfristig müssen die USA gemeinsam mit Europa die Sanktionen wiedereinssetzen und gegebenenfalls weiter verschärfen, denn mit seinem ballistischen Raketenprogramm verstößt der Iran gegen UN-Resolutionen. Die Verhängung von Sanktionen gegen die Revolutionsgarden (IRGC) war ein notwendiger erster Schritt, da diese mittlerweile weite Teile der iranischen Ökonomie beherrschen und damit zu einem einflussreichen soziopolitischen Faktor im Iran geworden sind. Durch Sanktionen wird nicht nur der politische Druck auf die Revolutionsgarden erhöht, sondern ihnen werden entscheidende Ressourcen für ihre regionalen und globalen Aktivitäten abgeschnitten.

Gleichsam muss Europa die Hisbollah in toto als terroristische Organisation einstufen und nicht nur den sogenannten, in dieser abgegrenzten Form nicht existenten

„militärischen Flügel“. Es ist unverständlich, warum die schiitische Miliz Europa weiterhin nahezu ungestört als Rückzugs- und Rekrutierungsraum nutzen kann. Die USA, in denen die Hisbollah schon seit 1997 in ihrer Gesamtheit auf der Terrorliste steht, können hier als Vorbild dienen. Insgesamt müssen die europäischen Länder stärker gegen terroristische Aktivitäten des Regimes auf dem Kontinent vorgehen. Der Fall des vormaligen DIG-Präsidenten Reinhold Robbe zeigt, dass der Iran im Zweifelsfall nicht vor Anschlägen in Europa zurückschreckt. Dem Regime muss in Zukunft glaubwürdig vermittelt werden, dass es für die Fortsetzung solcher und ähnlicher Aktivitäten einen hohen Preis zu zahlen hat.

Abschließend gilt es auch längerfristig zu planen. Eines der wesentlichen Argumente für die Kooperation mit dem Iran ist dessen angebliche innere Stabilität in einer Region, die sich spätestens seit 2011 in Aufruhr befindet. Bei genauerem Hinsehen wird indes deutlich, dass diese Stabilität äußerst fragil ist; gerade die jüngere Geschichte in der Region hat gezeigt, dass Regimes rasch kollabieren können. Nicht nur gibt es gerade in urbanen Regionen des Iran eine massive Unzufriedenheit mit der Führung aufgrund der eklatanten Menschenrechtsverletzungen und der Gängelungen etwa durch die Sittenpolizei.

In den Regionen Chuzestan, Sistan und Belutschistan sowie den kurdischen Siedlungsgebieten kommt es, vom Westen weitgehend unbeachtet, immer wieder zu Auseinandersetzungen. Künftig muss der Westen beiderseits des Atlantiks daher die demokratische iranische Opposition innerhalb und außerhalb des Landes unterstützen. Es ist notwendig, heute bereits Strukturen zu schaffen und Akteure zu identifizieren, die nach einem Zusammenbruch des Regimes die politische Führung übernehmen können, damit das Land nicht auseinanderbricht oder in einem zerstörerischen Bürgerkrieg versinkt. Dass der Iran in seiner gegenwärtigen Verfasstheit in der Region keine stabilisierende Rolle spielen kann und will, sollten die vergangenen Jahre deutlich gezeigt haben.

Herausforderung Iran: Transatlantische Handlungsalternativen im Atomstreit



Remko Leemhuis hat Politik- und Orientalwissenschaft in Marburg studiert. Zurzeit promoviert er über die deutsche Nahostpolitik in den 1960er und 1970er Jahren und ist „Consultant on Antisemitism Affairs“ beim AJC Berlin Ramer Institute for German-Jewish Relations.



Richard Volkmann studierte jüdische Geschichte in München, Turin und Jerusalem. Er ist in der jüdischen Bildungsarbeit tätig und promoviert zur innerjüdischen Rezeption der Revolution von 1848.

Russlands Großmachtstreben



Ein Text von Felix Drossard

In diesem Jahr jährt sich die Oktoberrevolution von 1917 zum hundertsten mal. Das Ende des Russischen Bürgerkriegs, die nachfolgende Gründung der Sowjetunion 1922 und der Sieg über Hitlerdeutschland im sogenannten Großen Vaterländischen Krieg im Jahr 1945 sollten folgen. Jahrzehnte von imperialistischem Machtstreben in einer zunehmend bipolaren Welt endeten 1991 mit der Deklaration von Alma-Ata – laut Putin in „der größten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.

Putins erste Amtszeit war geprägt von Angeboten und Eingeständnissen gegenüber dem Westen. Spätestens mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim verdeutlichte Russland unmissverständlich: Die eigene Souveränität zu manifestieren, bedeutet auch, Souveränität Dritter, territoriale Grenzen und internationales Recht zu brechen. Die Wiederanknüpfung an die alte Großmachtstellung der Sowjetunion gründet sich nach der russischen Perspektive in erster Linie aus der Negation des eigenen Interesses – besonders im Hinblick auf die ehemaligen Sowjetrepubliken. Ferner hat intensives außenpolitisches Engagement dabei geholfen, inklusive Untermauerung des eigenen Machtanspruchs, den Umstand begünstigt, um innenpolitischen Problemen abzulenken. Und obwohl die wirtschaftlichen Kennzahlen sich in den Jahren seit der Ukraine-Krise ständig verschlechtert haben und der Wertverfall des Rubels einsetzte, erfreut sich Putin Beliebtheitswerten, die in absoluten Spitzenwerten, im Vergleich zu allen drei Amtszeiten seiner Präsidentschaft, im Juli 2015 gipfelten.¹ Mit dem Beginn der dritten Amtszeit setzte eine unverkennbare Entfernung vom Westen ein und Putin arbeitete fortan an der Neusetzung des Großmachtstrebens.

Doch was bedeutet Russlands Anknüpfung an vergangene Zeiten in Tradition an die Sowjetunion und damit auch ein an ein klar definiertes Verständnis von Machterhalt und -ausbau? Russlands außenpolitische Aktivitäten fordern insbesondere die Staaten der westlichen Hemisphäre auf eine besondere Weise heraus. Fortan spielt Russland in den Konfliktfeldern dieser Zeit nicht mehr nur eine passive Rolle. Russlands Intervention und direktes militärisches Engagement im Syrien-Krieg für das Assad-Regime

¹ <http://www.levada.ru/indikatory/odobrenie-organov-vlasti/>

unterstreicht diese Annahme. Unlängst verdeutlichte der Dreiergipfel mit der Türkei und dem Iran, dass Russland auch in Zukunft mehr als nur eine sekundäre Akteursrolle einnehmen will.² Um Russland und die Motive der Eliten im Kreml um Wladimir Putin nachvollziehen zu können, wird weitaus mehr als ein Blick in die jüngere Geschichte benötigt. Die Handlungsmotive speisen sich aus Traditionslinien der russischen Geschichte, Kultur und neuerer politischer Entwicklungen.

Nachdem Russland lange Zeit bei der Nato-Osterweiterung beobachten musste, wie sich das Militärbündnis ausdehnte, ist festzustellen, dass in den letzten Jahren in einer bisher nicht dagewesenen Form von eigenen Militäraktivitäten zu mindestens indirekt dagegen angegangen werden soll.³ Auch die transatlantischen Beziehungen blieben von diesem Umstand nicht unberührt. Die Forderung der neuen US-Administration unter Präsident Trump nach mehr Engagement aller Nato-Mitgliedsstaaten führt unweigerlich auch dazu, sich mit den Gesetzmäßigkeiten genauer zu befassen. Europa muss in der Lage dazu sein, auch unabhängig von den USA Agenda-Setting in den Beziehungen zu Russland vorzunehmen. Obgleich davon auszugehen ist, dass die Beziehungen zwischen den USA und Russland in den nächsten Jahren keine Besserung erfahren, sollte es im nachhaltigen Interesse der EU stehen, bestehende Anknüpfungspunkte auch ohne die USA zu nutzen und zu intensivieren.

Geradezu gebetsmühlenartig werden gegenüber der russischen Führung die westlichen Standpunkte in Bezug auf die Krim-Annexion vorgetragen. Auch wenn dies gerade vor dem Hintergrund des internationalen Völkerrechts als unabdingbar erscheint, wird ein ständiges Hervorrufen des Status der Krim weitere Gespräche eher blockieren als befördern. Russland betrachtet die Krim als integralen Bestandteil der Russischen Föderation und wird allein aus dem Hintergrund geostrategischer Aspekte von einer Rückgabe in Zukunft absehen.

Die militärische Einmischung Russlands in Konflikten wie in Syrien, führt dazu, dass die russische Führung bei der Lösung von internationalen Konflikten wieder mehr integriert werden muss. In Zukunft wird Russland also stärker auf der internationalen

² <http://www.dw.com/de/dreiergipfel-in-sotschi-zu-syrien/a-41475996>

³ <http://augengeradeaus.net/2017/08/exercisewatch-die-nato-uebt-deutlich-weniger-als-russland/>

Russlands Großmachtstreben

Bühne auftreten und sich selbstbewusster präsentieren. Dabei wird die russische Führung keine Möglichkeit ungenutzt lassen, sich zu profilieren, um sein Großmachtstreben zu unterstreichen. Schließlich agiert Russland neben Syrien unter anderem auch in der Arktis als Schlüsselakteur.

Der Wunsch nach einfachen Lösungen im Umgang mit Russland könnte kaum größer sein. Doch schon die Terminierung der Präsidentschaftswahl im kommenden März – die mit dem 18. März auf das Jubiläum der offiziellen Krim-Annexion fällt – dürfte kein Zufall sein, sondern vielmehr ein gezielt gewählter Affront. Diese Tatsache verdeutlicht zugleich, wie schwer es in den kommenden Jahren werden kann, wenn es um den Aufbau alter Gesprächsfäden geht.

Eine erste Möglichkeit der Verstetigung von Gesprächen wäre die Wiederanknüpfung an das Gipfelformat EU-Russland-Gipfel. Die Wiedereinrichtung eines Gesprächsformates sollte in erster Linie dazu genutzt werden, alte Gesprächsfäden aufzunehmen. Gerade zu Beginn könnte es von Nutzen sein, massiv konfliktär gelagerte Themen wie die Ukraine auszuklammern, um Sorge zu tragen, dass die Zusammenarbeit im gesellschaftlichen Bereich mit Hochschulen und Nichtregierungsorganisationen nicht abnimmt. Die Betonung des eigenen Großmachtstatus mag für Putin ein markantes Mittel für Russlands derzeitige Außenpolitik sein. Gleichwohl ist festzuhalten: Der Großmachtstatus der Sowjetunion wird ein Teil der Geschichte bleiben und sich im Russland des 21. Jahrhundert nicht wiederholen. Russland wird zwar weiterhin trotz ständig sich verschlechternden Indikatoren versuchen, globale Einflussmöglichkeiten aufrecht zu erhalten. Doch auch der Kreml kann sich den realpolitischen Gegebenheiten nicht entziehen. Langfristig ist es jedenfalls unumgänglich, bestehende Reibungspunkte zu diskutieren und dies bedeutet für beide Seiten, auch alte und vermeintlich eingefrorene Konflikte nicht auszuklammern.



Felix Drossard leitet die IJT-Regionalgruppe Bayern und studiert Politik und Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Er ist Stipendiat der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung und arbeitet in einer Unternehmensberatung an der Transformation öffentlicher Verwaltungsstrukturen mit.



Ein Text von Nathalie Herberger

Selbst der beiläufigste Beobachter internationaler Angelegenheiten kann erkennen, dass die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland einen Tiefpunkt erreicht hat, wie er seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr gesehen wurde. Im Vergleich zu den anhaltenden Debatten über die Annexion der Krim und den Einfluss Russlands in der Ostukraine und Syrien, haben sich die Probleme in der Arktis weitgehend auf die Peripherie beschränkt.

Da der Klimawandel unvermeidlich irreparable Auswirkungen auf die Arktis haben wird, eröffnet dies eine Reihe neuer Möglichkeiten für Staaten, um aus dem verbesserten Zugang strategischen und wirtschaftliches Kapital zu schlagen. Darüber hinaus schafft dies auch das Potenzial für neue Konflikte, die die Stabilität in der Arktis eventuell untergraben. Demnach ist zu prüfen, welche Auswirkungen unter anderem der Klimawandel auf die strategische Zukunft der Arktis haben wird und wie sich dies auf die Militärpolitik Russlands und der Vereinigten Staaten auswirken könnte.

Der so genannte „Spillover-Effekt“ des derzeitigen Konflikts zwischen Russland und den USA hat zu einer partiellen Verschiebung der regionalen Zusammenarbeit geführt. Diese könnte die Stabilität in der Arktis stören, da sich der Fokus verlagert und sich die Wahrnehmung des russischen Staates derzeit verschlechtert. Dies hat negative Auswirkungen auf das Sicherheitsumfeld in der Arktis, da die Auswirkungen fortbestehender Streitigkeiten zwischen den USA und Russland auch die Nutzung neuer arktischer Seewege beeinflussen kann.

Neben den ökologischen und gesellschaftlichen Auswirkungen trägt der Klimawandel zur bestehenden Instabilität in der Arktis bei und kann zu Streitigkeiten über Handelsrouten, Meereszonen und über bisher unzugängliche natürliche Ressourcen führen. Der Wettbewerb, der daraus resultieren könnte, stellt eine Bedrohung für die Länder in der Region dar und trägt zu internationaler Instabilität bei.¹

Die Aussicht auf längere eisfreie Perioden in der Arktis hat Auswirkungen auf die kommerzielle Entwicklung der Region, die das weitere Schmelzen des arktischen Meeres

¹ Heininen, L., Sergunin, A., & Yarovoy, G. (2014). Russian Strategies in the Arctic: Avoiding a New Cold War. Moscow.

hervorbringt. Die „Northern Sea Route“ (NSR) entlang der Nordküste Russlands hat große Veränderungen hervorgerufen, die Russland einen größeren Zugang zu seinen gigantischen sibirischen Ressourcen ermöglichen und zu mutigen Behauptungen seiner Souveränität über weite Teile des Polarmeers führen. Das Schmelzen der Polareiskappe und die mögliche Öffnung der subarktischen transkontinentalen Seefahrt, die den Transit von Europa nach Asien verringert, wird die Handelsschifffahrt mit einer kürzeren Seefahrt durch die NSR und die Nordwestpassage begünstigen und strategische Alternativen schaffen.²

Die Nutzung der NSR aus Nordamerika könnte die Schifffahrtsrouten zwischen Asien und der Ostküste der USA um bis zu 5.000 Meilen verkürzen.³ Sowohl die USA als auch Russland sind daran interessiert, den gesamten Verkehr durch die Beringstraße zu steuern, die Alaska und die östliche Spitze Russlands trennt; eine Strecke, die nur zweiundfünfzig Kilometer breit ist und das Nordpolarmeer mit dem Pazifik verbindet. Dies stellt Parallelen zu den bestehenden Routen wie dem Panamakanal und dem Sueskanal dar, da die neue Route die Seetransitzeit um zwei Wochen verkürzen und somit Tausende von Seemeilen entlang der Küsten von Afrika und Lateinamerika sparen würde. Die bemerkenswertesten Herausforderungen, die sich durch die Öffnung des NSR ergeben könnten, sind das Fehlen umfassender hydrographischer Informationen, enge und flache Meerengen, unzureichende Such- und Rettungskapazitäten und gewaltige Polar-Tiefen.

Zu den potenziellen Risiken für diese Routen gehören die sich abzeichnenden Wettermuster in wärmenden Gewässern, verbunden mit Schwierigkeiten bei der Eiszerkleinerung und dem Mangel an adäquatem Seeverkehrsmanagement. All dies kann den arktischen Transit sogar unter den besten Bedingungen zu einem tückischen Unternehmen werden lassen. Einerseits besteht die Gefahr, dass Russland durch eine Verweigerung der Nutzung der Passage erpresserisch wirkt. Andererseits haben China und Japan, neben Korea und Singapur ein vehementes Interesse daran haben, diese Passage aus wirtschaftlichen Interessen zu nutzen.

² <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klimawandel-nutzen-tanker-befahrt-ganzjaehrig-die-arktik-15168064.html>

³ Ebinger, C. K., & Zambetakis, E. (2009). The geopolitics of Arctic melt. *International Affairs*, 85(6), 1215–1232. <https://doi.org/https://doi.org/10.1111/j.1468-2346.2009.00858.x>

Sicherheitsbedenken nehmen zu, da viele arktische Anliegerstaaten derzeit nicht in der Lage sind, ihre Sicherheitsprioritäten in diesem Gebiet souverän durchzusetzen. Eine langfristige Prognose der Sicherheitslage ist derzeit schwer zu erstellen, da wachsende Ansprüche auf Seewege und mögliche Bedrohungen, die zusätzliche militärische Fähigkeiten erfordern, momentan nicht vorhersehbar sind. Eine zunehmende Besorgnis ist darin erkennbar, dass militärische Aktivitäten zum Schutz nationaler Interessen und zur Etablierung von Verteidigungsstrategien zunehmen.⁴ Der Klimawandel kann daher als Bedrohungsmultiplikator gesehen werden, der bestehende Trends, Spannungen und Instabilität verschärfen wird.

Die zunehmenden US-Operationen in der Region bergen die Gefahr eines möglichen Konflikts mit Russland, da Russland große Teile der Arktis als heimische Gewässer sieht. Die US-Politik betrachtet die multilaterale Zusammenarbeit weiterhin als das bevorzugte Mittel zur Bewältigung eines Großteils der Probleme in Bezug auf die Arktis. Alternativ zeigen die russischen Doktrin, sowie Aussagen von Politikern und Interessenvertretern des Kremls, dass Russland militärische Gewalt nicht ausschließt und seine Präsenz in der Region erhöht, um ein akzeptables Mittel zur Verteidigung seiner eigenen arktischen Interessen zu gewährleisten.

Regionale Partner müssen die Erneuerung der militärischen Stärke in der Arktis erkennen und bereit sein, offen darüber zu kommunizieren und die Tendenz der Staaten zu überwinden, das Potenzial für militärische Konflikte in der Arktis öffentlich herunterzuspielen. Tatsache ist, dass sowohl die USA als auch Russland Beweise und Rechtfertigungen für den Aufbau neuer militärischer Fähigkeiten in der Region geliefert haben. Infolgedessen impliziert Russlands derzeitige militärische Aufrüstung in der Arktis keine Militarisierung der Region, obwohl es ein erhöhtes Konfliktpotential mit Ausnahme von direkten Konflikten nahelegt. Daher ist Russland noch weit davon entfernt, seine militärische Präsenz in der Arktis des Kalten Krieges wiederherzustellen, dies kann aber in anderen Staaten zu einer Bedrohungswahrnehmung beitragen.

⁴ Kraska, J. (2009). International Security International Law in Northwest Passage. *Vanderbilt Journal of Transnational Law*, 42, 1109–1132.

Folgende Handlungsempfehlungen lassen sich aus der Analyse ableiten:

1. Aus internationaler Sicht wäre es nützlich, eine Arbeitsgruppe zu etablieren, die sich speziell mit den Sicherheitsfragen der Arktis befasst, damit die Sicherheits- und Militäraktivitäten in der Region besser koordiniert und kommuniziert würden. Dies würde auch zu größerer Transparenz bei den regionalen Partnern führen und damit das Potenzial für eine unbeabsichtigte Eskalation verringern. Je nach Mandat einer solchen Arbeitsgruppe könnten die regionalen Partner in einem neutralen Forum Informationen austauschen und strategische Fragen offen diskutieren. Als zentrales Leitungsgremium innerhalb der Region könnte der Arktische Rat eine Basis für eine solche Einheit bilden.
2. Für die Vereinigten Staaten wäre es empfehlenswert, dass sie das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen ratifizieren, um ihre nationalen Rechte, Freiheiten und die potenzielle Nutzung neuer Seewege zu schützen und den Luftraum in der gesamten Arktis weiter zu nutzen, was auch die Freiheit der Schifffahrt in der NSR beeinflusst. Dadurch würden die Probleme im Zusammenhang mit dem gleichberechtigten Zugang in der Region wirksam gelöst und gleichzeitig der politische Wille gestärkt, alle Probleme kooperativ anzugehen. Darüber hinaus würde die US-Regierung die Fähigkeiten erwerben, die es ihr ermöglichen würden, ihre Situation in der Region zu verbessern, und ihnen ausreichend politischen Raum zur Verfügung stellen, damit sie als gleichberechtigter Partner in der Region teilnehmen können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es in der Arktis eine verstärkte Militärpräsenz gibt, die aus den Auswirkungen des Klimawandels abgeleitet werden kann. Dies weist aber nicht notwendigerweise auf einen bevorstehenden Militärkonflikt hin. Außerdem könnte die Arktis zu einer Region werden, die eher durch ihre militärische Kooperation als durch Konkurrenz gekennzeichnet ist. Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist erforderlich, um die Gefahr der Militarisierung zu überwinden.



Nathalie Herberger ist Politische Referentin im Büro für Auswärtige Beziehungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Nathalie hat Politikwissenschaften, Betriebswirtschaftslehre, Management und Public Policy in Georgia/USA und Berlin studiert mit dem Schwerpunkt auf Außen- und Sicherheitspolitischen Fragestellungen.



Ohne Druck keine Lösung – weshalb der Westen im Konflikt mit Nordkorea nicht nachgeben darf



Ein Text von Lukas Posch und Gary Bartels

Mit jedem Raketentest wachsen Sorgen und der Ton wird rauer – und mit jedem wütenden Tweet des US-Präsidenten scheint Kim Jong-un gestärkt. Inzwischen stellt das Land in Ostasien nicht länger nur ein Problem nuklearer Proliferation dar – es stellt die Abschreckungsfähigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika infrage.

Tatsächlich handelt es sich bei der nuklearen Aufrüstung Nordkoreas um eine Situation, die mehrfach als Kubakrise in Zeitlupe bezeichnet wurde. Diese Zeiten sind jedoch vorbei, seit Kim Jong-un die Nachfolge seines Vaters Kim Jong-il Ende 2011 antrat. Seit mehr als sechs Jahren setzt Nordkorea alles daran, nicht nur eine Kernwaffe, sondern damit effektive Abschreckungsmittel zu erlangen. Es scheint nur eine Frage der Zeit, bis die sozialistische Diktatur Europa und die Vereinigten Staaten mit nuklearen Drohungen an den Verhandlungstisch drängen kann.

Für Nordkorea stellte das Nuklearprogramm schon seit Beginn gegen Ende der 1980er Jahre eine Möglichkeit dar, sich von Verbündeten und Feinden gleichermaßen abzugrenzen und letzteren die Illusion jeder Invasionsmöglichkeit zu nehmen. Das Abkühlen der Beziehungen zur UdSSR war Anlass, Ende der 1970er-Jahre ein Raketenprogramm zu entwerfen.¹ Aus den 1981 erstmals über Ägypten eingeführten Scud-B-Raketen² entwickelte das Land fünf Jahre später eigene Raketen. Parallel dazu begann der Uranabbau³ mit dem Ziel der Herstellung waffenfähigen Plutoniums.⁴

Trotz Beitritt zum Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NPT) entdeckten US-Nachrichtendienste bereits 1990 nordkoreanische Mittelstreckenraketen. Konsequenz der Entdeckung ist ein „Agreed Framework“, in welchem die USA versuchen, Nordkorea bei der Erzeugung ziviler Kernenergie zu unterstützen, während das Land kein Plutonium mehr herstellen würde. Weitere Raketentests führten zu Zugeständnissen der Clinton-Administration, welche Hilfslieferungen anbot.

¹ <https://www.japantimes.co.jp/news/2017/02/13/asia-pacific/chronology-north-korean-missile-development/>; <https://www.forbes.com/sites/insideasia/2017/09/07/the-evolution-of-north-koreas-ballistic-missile-program/>

² IHS Jane's Weapons: Strategic 2015-2016, S. 61.

³ Bolton, Derek: American Security Project Fact Sheet on North Korea, Washington 2013, S. 3, <http://www.americansecurityproject.org/ASP%20Reports/Ref%200072%20-%20North%20Korea%E2%80%99s%20Nuclear%20Program%20.pdf>, abgerufen am 4. November 2017.

⁴ ebd.

Ohne Druck keine Lösung – weshalb der Westen im Konflikt mit Nordkorea nicht nachgeben darf

2003 verließ Nordkorea den NPT und führte in erhöhtem Maße Raketenstarts durch. Mit der Anzahl der Versuche stieg auch die Stärke der Sprengköpfe deutlich.⁵ Obwohl die theoretische Reichweite der aktuellen Generation nordkoreanischer Interkontinentalraketen darauf hindeutet, dass die USA damit erreicht werden könnten, schließen Experten aus, dass eine solche Distanz mit Sprengköpfen zurückgelegt werden könnte.⁶

Die ungenügende Reichweite der nordkoreanischen ICBMs könnte durch das lokale Regime nicht nur durch die Verbesserung der landgestützten Raketen ausgeglichen werden, was in den nächsten Jahren der Fall sein wird. Während die mutmaßlich mehr als 70 U-Boote Nordkoreas technisch veraltet sind, deuten Tests der letzten beiden Jahre darauf hin, dass das Regime demnächst in der Lage sein wird, seegestützte Raketensysteme (SLBMs) einzusetzen.⁷ Hierfür spricht auch die Entwicklung eines neuen U-Boots, welches Raketenschächte aufweist.⁸ Mit funktionstüchtigen SLBMs wäre Nordkorea in der Lage, einen Zweitschlag auszuführen. Es kann davon ausgegangen werden, dass hierdurch versucht wird, den Ersteinsatz einer Kernwaffe durch andere Nuklearmächte zu verhindern.

Die rasche Fortentwicklung nordkoreanischer Waffentechnik findet trotz weitgehender Sanktionen statt. Tatsächlich war das verarmte Land bereits seit Jahrzehnten Objekt von Wirtschaftssanktionen, seit der Machtübernahme von Kim Jong-un jedoch verschärft sich das Sanktionsregime zusätzlich. Mutmaßlich fließen Einnahmen aus dem Handel und dem Einsatz nordkoreanischer Arbeiter im Ausland in die Entwicklung des Raketenprogramms – allein letzterer sorgt jährlich für Einnahmen von bis zu 500 Millionen US-Dollar.⁹

⁵ vgl. hierzu <https://missilethreat.csis.org/north-korea-missile-launches-1984-present/>, abgerufen am 4. November 2017.

⁶ Postol et al., North Korea's „not quite“ ICBM can't hit the lower 48 states, <https://thebulletin.org/north-korea%E2%80%99s-%E2%80%9Cnot-quite%E2%80%9D-icbm-can%E2%80%99t-hit-lower-48-states11012>, abgerufen am 4. November 2017.

⁷ <https://www.reuters.com/article/us-northkorea-missiles-idUSKCN10Y2B0>, abgerufen am 5. November 2017

⁸ <https://thediplomat.com/2017/10/the-sinpo-c-class-a-new-north-korean-ballistic-missile-submarine-is-under-construction/>, abgerufen am 11. November 2017, <http://www.38north.org/2017/11/sinpo111617/>, abgerufen am 20. November 2017

⁹ <http://www.handelsblatt.com/politik/international/fisch-und-zwangsarbeit-wie-nordkorea-trotz-sanktionen-an-geld-kommt/20421230.html>, abgerufen am 10. November 2017

Ohne Druck keine Lösung – weshalb der Westen im Konflikt mit Nordkorea nicht nachgeben darf

Einfallsreichtum in der Devisenbeschaffung ist jedoch nur ein Grund, weshalb Sanktionen weiterhin nicht die Wirkung zeigen, die die Weltgemeinschaft erhofft. Zusätzlich bestehen rege Handelsbeziehungen insbesondere zur Volksrepublik China, die für mehr als 80% der Importe und Exporte Nordkoreas verantwortlich ist.¹⁰ Insgesamt verfügt Nordkorea mutmaßlich über ein Exportvolumen von knapp drei Milliarden USD. Die Aufrechterhaltung jeglicher Exporte ist durch das mittlerweile engmaschige Sanktionsnetz kompliziert, zugleich werden einige Sanktionsregeln erst verzögert wirksam. Erst die im Sommer beschlossenen weitgehenden Beschränkungen des Exports von Kohle und Eisen begannen annähernd sofort.

Mit wachsendem internationalen Druck – 2017 insbesondere durch die Vereinigten Staaten initiiert – verlieren auch die Handelsbeziehungen mit China an Umfang. Dürre und die ohnehin angespannte Versorgungslage außerhalb der wenigen Städte erforderten in den letzten Jahren immer wieder Nahrungsmittellieferungen der internationalen Gemeinschaft. In Anbetracht dieser Problematik scheint ein Abkommen ähnlich dem mit Iran geschlossenen JCPOA nicht ausgeschlossen, wenngleich dieses von der US-Regierung aktuell nicht fortgeführt zu werden droht. Zugleich ist es Nordkorea strategisch unmöglich, den Abbau nuklearer Kapazitäten zum Inhalt eines Abkommens zu machen. Auch scheinen die USA aufgrund innenpolitischen Drucks nicht daran interessiert zu sein, ein halbbares Abkommen zu schließen. Jedoch wäre bereits der Zugang zu den Nuklearanlagen durch die IAEA ein Erfolg.¹¹

Neben der nuklearen Komponente entwickelt Nordkorea auch ein digitales Bedrohungspotential. Entwicklungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sich insbesondere die Vereinigten Staaten der Gefahr stellen müssen. Nach Schätzungen ausländischer Nachrichtendienste erhöhte sich die Zahl der Angehörigen der Stellen, die für Cyber-Attacken verantwortlich gemacht werden, von 1.800 im Jahr 2013 auf zuletzt mehr als 6.000.

¹⁰ <https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/prk/>

¹¹ Beschrieben etwa auch in <http://nationalinterest.org/feature/would-north-korea-agree-iran-style-nuclear-deal-22306?page=2>, abgerufen am 11. November 2017

Ohne Druck keine Lösung – weshalb der Westen im Konflikt mit Nordkorea nicht nachgeben darf

Aufgrund der guten Vernetzung Nordkoreas mit dutzenden anderen Ländern – unter ihnen zumeist ideologisch einst ähnliche Staaten wie China und Kuba – ist es für das Regime nicht erforderlich, eine beträchtliche Anzahl an Hackern zu unterhalten. Menschliche und technische Schläferzellen könnten weltweit zur Auslösung eines Cyber-Konflikts herangezogen werden. Entsprechend ist auch der Gedanke, Nordkorea möglicherweise vom Internet abtrennen zu können, ohne Erfolgsaussicht.

Hintergrund für dieses Vorgehen ist ein Drang nach Geldmitteln, um die eigenen Devisenvorräte aufzustocken. Dies wird etwa durch Cyber-Angriffe erpresserischer Natur bewerkstelligt, indem fremde Datensätze verschlüsselt und nur gegen die Zahlung eines Lösegelds wieder entschlüsselt werden.

Das vielfältige Bedrohungspotential Nordkoreas macht deutlich, dass das Land eine Macht ist, mit der international gerechnet werden muss. Gleichzeitig sind tatsächliche Angriffe Nordkoreas jedoch höchst unwahrscheinlich, hätte ein nuklearer Angriff auf westlich orientierte Staaten doch unweigerlich das Ende des eigenen Machtapparats zur Folge. Gefährlicher ist vielmehr, dass eine Erst- und Zweitschlagsfähigkeit Nordkoreas das Land in eine bessere Verhandlungsposition bringt. Es ist etwa nicht anzunehmen, dass die Vereinigten Staaten weiterhin dieselbe Glaubwürdigkeit aufweisen, wenn es um die Androhung einer Intervention gegen Nordkorea geht, sobald das Land diese Schlagfertigkeit erreicht. 2018 stellt nach Einschätzungen von Wissenschaftlern das letzte Jahr dar, in welchem Nordkorea mit Sprengköpfen die USA nicht treffen kann.

Gleichzeitig bietet die angespannte Lage auch die Chance, eine politische Entschärfung des Konflikts mit neuen Akteuren zu erreichen – diese Gelegenheit böte sich etwa Deutschland. Zwar bleiben Erfolgsaussichten gering, doch in Anbetracht der sich weiter zuspitzenden Lage wäre die Wiedereröffnung von Gesprächskanälen 2018 bereits ein Erfolg. Während sich die Staaten des Westens darauf einstellen müssen, dass nichts daran vorbeiführt, dass Nordkorea über eine Kernwaffe verfügen wird, mussten diese Staaten auch lernen, mit der UdSSR und der Volksrepublik China umzugehen, nachdem diese an eine Kernwaffe gekommen waren. Es gilt im Fall Nordkorea, in jedem Fall einen Gesprächskanal offen zu halten.

Ohne Druck keine Lösung – weshalb der Westen im Konflikt mit Nordkorea nicht nachgeben darf

Der nordkoreanische Diktator braucht ein Abschreckungsmodell, um sich vor Konflikten zu schützen. Es gilt, dieses Abschreckungsmodell als Fakt anzusehen und Nordkorea als nukleare Macht anzuerkennen. Während Staaten regelmäßig nicht aus der Gruppe der Kernwaffenbesitzer ausscheiden, ist dem Land daran gelegen, Waren aus dem Ausland zu erstehen. Eine konsequente Regelung, die zeigt, dass Nordkorea – aktuell von Dürre geplagt – keinen Sack Nahrungsmittel erhalten darf, ohne dass im Gegenzug internationale Inspektoren die Nuklearanlagen besichtigen dürfen, ist erforderlich. Ziel internationaler Diplomatie muss sein, Nordkorea zum Gesprächstisch zu bewegen, ohne übermäßige Zugeständnisse zu machen. Auf dieser Linie scheinen die USA bereits zu sein – Europa sollte nun einlenken.



Lukas Posch, 22, ist Vorsitzender der Initiative junger Transatlantiker und studierte an der Bucerius Law School sowie der Boston College Law School. Neben der Vorbereitung auf das erste juristische Staatsexamen unterstützt er durch seine Arbeit die wirtschaftliche und europäische Ausrichtung Hamburgs.



Gary Bartels, 32, ist Fachkraft für Lagerlogistik. Er ist verheiratet, Vater einer dreiährigen Tochter und Mitglied der CDU/JU und der Deutsch- Atlantischen Gesellschaft.



www.junge-transatlantiker.de